

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 26. Juli 1905

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zunbelt), Wilhelmstraße, Post Begehrloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Für Preisfechter des revolutionären Proletariats. — Die Verlängerung der Mittagspause. Von ad. br. — Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Von dz. — Jugend und Sozialismus. Von Franz Krüger. — Er soll dein Herr sein! Von Emil Unger. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. Rotizenteil: Kommunale Fürsorge für Säuglinge. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. Feuilleton: Bergpsalm. Von Richard Dehmel. (Gedicht). — Die Eigentumsfanatiker. Von Ludwig Thoma. — Zukunft. Von Richard Dehmel. (Gedicht.)

Für Preisfechter des revolutionären Proletariats.

In furchtbarer Kraft und Herrlichkeit schreitet in Russland die Revolution, die „Befreierin und Rächerin und Richter“ einher, den gewaltigen Arm ausstreckend, „daß er die Welt erlöst“. Erlöst von einem der fluchwürdigsten Abel, welche je die Völker heimgesucht haben: von dem verderben- und verbrechenreichen zarischen Despotismus. Bald hier bald dort zertrümmern revolutionäre Hammerschläge einen Teil seiner Macht, einen Teil seiner längst verwickelten Existenz. Bis jetzt haben weder trügerische Wortspiegelungen ärmlicher und erbärmlicher Reformen, noch bluttriefende Gewaltmaßregeln gegen die „Empörer“, noch auch die alten reaktionären Gaunerlisten, die nationalen und religiösen Gegensätze aufeinander zu hehen, die revolutionäre Flutwelle aufzuhalten, geschweige denn zu bannen vermocht. Blutgefärbt wälzt sie sich unaufhaltbar weiter, sie schwillt und schwillt.

Raum ein Tag, an dem die Drahtnachrichten und Besuche nicht Bauernunruhen verzeichnen, die von Ausbrüchen wilder Verzweiflung ob furchtbarster Not zu Kämpfen gegen das „gottgewollte“ Regiment „Väterchen“ werden; Beschlüsse und Erklärungen der liberalen Semstvoleute, der adeligen Grundbesitzer, die himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt zwischen Reformhoffnungen, Reformforderungen und der Furcht vor den aufgewühlten Proletariats- und Bauernmassen hin und her schwanken; Rundgebungen der „Intelligenz“, der Träger höherer Berufe, die zum großen Teil als Sozialisten oder Sozialrevolutionäre mit den Arbeitern zusammen Sturm gegen den Absolutismus laufen. Dazu in den letzten Wochen in rasch wachsender Zahl Revolten von Soldaten, die sich weigern, die verruchte Rolle von Henkersknechten ihrer Brüder und Schwestern zu spielen; Meutereien der Marine auf Kriegsschiffen und in den Kasernenstädten.

Der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, die stärkste Kraft der Ereignisse bleibt aber die revolutionäre Aktion der Proletariats, die ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse, des Glaubens, Russen, Polen, Juden, Letten, Armenier usw., zur Niederzwingung der Bestie des Despotismus brüderlich zusammenstehen. Der Massenstreik, der heute in diesem, morgen in jenem Industriezentrum mit vulkanischer Gewalt ausbricht und um sich greift, bald die, bald jene Gewerbe stilllegt, hier abgebrochen, dort um so wichtiger einsetzt, sich durch keine Gewalt hintertreiben und unterdrücken läßt: er erschüttert unerträglich die wirtschaftliche Grundlage des sozialen Lebens, lähmt die selbstherrliche Staatsgewalt und treibt sie aus den Fugen. In alle Schichten der Bevölkerung trägt er die revolutionäre Gärung, er hält die erwachten revolutionären Geister lebendig, er peitscht sie vorwärts zum Kampfe.

Das Proletariat Russlands hat die geschichtliche Mission übernommen, vor deren Erfüllung die Bourgeoise Westeuropas sogar in den Tagen revolutionären Jugenddranges kurzfristig und feige zurückgeschreckt ist, und die sie später bewußt verraten hat. Es vollstreckt an dem zarischen Despotismus das Todesurteil.

Damit ist es zum Preisfechter für das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt, insbesondere aber Europas geworden. Der Zarismus ist noch stets der Bützel und Henker aller Freiheitsbewegungen gewesen. Wo die reaktionären Gewalten eines Staates nicht ausreichten, das vorwärtsdrängende politische Leben der Volksmassen zu morden, da trat er als Bürger auf den Plan. Das

Verbrechen seiner Fortexistenz bleibt eine stete und schwere Drohung und Gefahr für den Befreiungskampf des Proletariats aller Länder, zumal aber für den der deutschen Arbeiterklasse. Das aber nicht bloß in dem alten Sinne, sondern in noch umfassenderer Weise, dank der geschichtlichen Zusammenhänge, welche die kapitalistische Entwicklung schuf.

Die russische Autokratie läßt die kapitalistische Ordnung für die Besitzlosen aus einem Zuchthaus zur Hölle werden. Sie liefert die Proletariats als politisch Rechtlose, das heißt als Wehrlose, Beknebelte an die ungezügelte, schamloseste kapitalistische Ausbeutung aus. Die, welche im Ringen für die proletarischen Klasseninteressen Kampfesgenossen der zielklaren Arbeiter aller Länder sein könnten, sein dürfen, zwingt sie damit zu dem erniedrigenden und verhängnisvollen Rolle der Schmutzkonkurrenten. Auf dem Proletariat der ganzen Welt lasten die Ketten, mit denen sie die zwiefach Enterteten in ihrer Heimat fesselt.

Der zarische Despotismus ist ein Tauspate und einer der vornehmsten Träger der erobertungs- und raublustigen, gewalttätigen Weltmachtspolitik, welche fremde Völker zu unterjochen und auszuzupfen strebt, welche dabei die besitzlosen Massen mit gepanzelter Faust durch Hochschutzhölle und Monopole schamlos auswuchert, durch politische Knebelung sicher zu Boden schlägt. Er ist und bleibt kraft seiner barbarischen Wesenheit, die durch den Kapitalismus auf die Spitze getrieben wird, ein Friedensstörer par excellence. Seine Beutegier steigert die Möglichkeit blutiger Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten, läßt die militärischen Opfer an Gut und Blut der Massen unerträglich anschwellen und treibt dem Weltkrieg entgegen. Eine gesunde Heimatpolitik und eine großzügige Weltpolitik, die Gegenwarts- und die Zukunftsinteressen des Proletariats haben keinen gefährlicheren, tödlicheren Feind als den russischen Absolutismus.

Das junge Proletariat des Moskowiterreiches, das ihn zu Boden schmettert, ist im umfassendsten Sinne der Preisfechter der Arbeiterklasse aller Länder. Die fruchtbare, schöpferische Kraft der Revolution hat fast über Nacht seinen Klasseninstinkt zum Massenbewußtsein reifen lassen. Unbeirrt durch Reformfomödien der Autokratie wie durch ihre Schreckensherrschaft geht es seine Bahn. Es ist gleich groß im Kämpfen wie im Leiden, als Held und Märtyrer den Besten aller Zeiten und Völker ebenbürtig. Zu Hunderttausenden hungert es, hungert wochenlang, monatelang; zu Tausenden und Zehntausenden fällt es die Kerker, strebt im Straßentampfe, durch Standrecht, am Galgen. Und es kämpft weiter, ohne Klagen und ohne Ruhmredigkeit, schlicht, selbstverständlich, erhaben; beglückt, wenn die fährenden Geister, die Kämpfer in den vordersten Reihen heil und wehrtüchtig bleiben; wenn die geistigen Waffen der revolutionären Literatur nicht mangeln, welche in geheimen Druckereien oder im Ausland geschmiedet werden; wenn die konspiratorische Wahlarbeit nicht versagt, die neue Massen dem Revolutionsheer eingliedert und die Zusammenhänge aufrecht hält.

In brüderlicher Solidarität an die Seite der glorreichen Soldaten der Revolution in Russland zu treten, ist Pflicht des gesamten internationalen Proletariats. Die deutsche Arbeiterklasse wird ihre Erfüllung, zu welcher der Parteivorstand der Sozialdemokratie aufgerufen hat, als Ruhmestat auffassen. Mit aller Hingabe, mit aller Kraft, deren sie angesichts großer historischer Aufgaben fähig ist, muß sie die russische Revolution moralisch und materiell unterstützen. Ihr liegt es ob, durch mannhaftes Eintreten für die Freiheitskämpfer im Nachbarreich vom Vaterland die Schmach zu tilgen, mit welcher es besudelt wurde dank dem Wehrtrüben des offiziellen Deutschlands vor dem Knutenregiment, dank der feigen, selbstsüchtigen Haltung der Bourgeoise, welche den Kurs der russischen Staatspapiere und Industrieaktien höher wertet als das Erwachen eines großen Volkes zur Kultur und Freiheit. Die deutschen Genossen im besonderen dürfen nicht vergessen, daß die russischen Revolutionärinnen ihnen jederzeit vorangegritten sind als leuchtende Vorbilder von Heldenmut und Entschagung, als Vorkämpferinnen, die für das volle Bürgerrecht der Frau die höchsten Bürgergütenden in die Waagschale geworfen haben.

Mögen die bittelseligen bürgerlichen Soldschreiber nach Knüppel und Ketten für die „Umstürzler“ schreien, die ihren Teil an Pflichten und Ruhm der russischen Revolution begehren. Das deutsche Proletariat wird sich durch seine geschworenen Feinde nicht hindern lassen, die bedeutungsreichste weltpolitische Aufgabe des Augenblicks zu erfüllen. Es ist vom Stamme der stolzen Empörer, die drauf und dran sind, eine Geißel der Menschheit zu zerbrechen. Es wird durch Laten einstecken für seine russischen Brüder, für die Preisfechter des revolutionären Proletariats.

Die Verlängerung der Mittagspause.

So einstimmig alle vernünftigen Sozialpolitiker der Überzeugung sind, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit aus sozialpolitischen, gesundheitlichen, allgemein kulturellen und vielen anderen Gründen notwendig ist, so mannigfaltig sind die Anschauungen über die Unterbrechungen der Arbeitszeit durch Pausen. Es gibt Anhänger der sogenannten englischen Arbeitszeit, die nur durch eine ganz kurze Mittagspause unterbrochen wird und den Vorteil haben soll, eine möglichst lange Freizeit nach Schluß der Arbeit zu schaffen. Noch vor wenigen Jahren galt dieses System vielen als ein Ideal, doch haben sich bei dieser Einteilung der Arbeitszeit der Übermüdung und erhebliche Störung des Gesundheitszustandes herausgestellt. Man kann wohl behaupten, daß die englische Arbeitszeit nur bei einer achtstündigen Beschäftigungsdauer empfehlenswert sein kann. Aber auch da glauben wir, daß sie kaum für alle Arbeiter und Arbeiterinnen anwendbar ist. Bei der heutigen Anspannung der Arbeitskraft erscheint eine ununterbrochene Beschäftigung von vier und mehr Stunden als ein zu starker Anspruch an die körperlichen und geistigen Kräfte der Arbeiterschaft.

Wenn nun vielfach eine Aufhebung der Pausen und auch eine Verkürzung der Mittagspause Anhänger oder wenigstens keine schroffen Gegner in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft findet, so erklärt sich dies aus der Tatsache, daß die kürzeren Pausen in den meisten Betrieben in der Fabrik, ja in den eigentlichen Arbeitsräumen zugebracht werden müssen. Diese Pausen müssen somit in einer unangenehmen, Gesicht- und Geruchssinn weiter beunruhigenden, unersreulichen Umgebung ohne bequeme Sitzgelegenheiten zugebracht werden. Auch dort, wo Wascheinrichtungen und Anstalten zum Erwärmen der Speisen vorhanden sind, sind dieselben meist in zu geringer Zahl für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die davon Gebrauch machen wollen, vorgesehen, so daß für die Vorbereitungen zum Genuß der Pausen viel zu viel Zeit verbraucht wird und hierdurch die Pausen an Wert für die Arbeiterschaft verlieren.

Für die Mittagspause ergeben sich verschiedene Verhältnisse in großen und kleinen Städten und je nach dem Umstand, ob die überwiegende Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Nähe oder weit entfernt von der Arbeitsstätte wohnen. Sowohl in großen wie in kleinen Städten nimmt infolge der gesteigerten Wohnungspreise die Zahl der auswärtig wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen von Jahr zu Jahr zu. Diese haben ein begriffliches Interesse, daß die Mittagspause möglichst kurz ist. Je länger dieselbe ist, desto schwieriger wird es, sie richtig zu verwenden. Im Winter zwingt die lange Arbeitspause zum Aufenthalt in Gastwirtschaften, zu erhöhten Weltausgaben, zu vermehrtem Alkoholgenuß. Es mag wohl sein, daß manche Arbeiter und Arbeiterinnen nach diesen in unbefriedigenden, dampfenden Räumen verbrachten Arbeitspausen weniger frisch zur Arbeit zurückkehren. Andererseits ist es selbstverständlich richtig, daß die in der Nähe der Fabrik wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen eine anderthalbstündige Pause in der Regel einer einständigen Mittagsruhe vorziehen werden.

Die Verschiedenheit der hier in Betracht kommenden Verhältnisse erschwert unzweifelhaft eine einheitliche, alle befriedigende gesetzliche Regelung. Es ist deswegen nicht zu verwundern, daß die weitläufig überwiegende Mehrheit der Berichterstatter für die Enquete über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen sich gegen die allgemeine Verlängerung der Mittagspause der Fabrikarbeiterinnen erklärte; nur etwa ein Fünftel der Aufsichtsbearbeiter äußerte sich im zustimmenden Sinne. Zu diesen gehörten sehr wenig preussische Fabrikinspektoren, die Hälfte der bayerischen, ein württembergischer, zwei hessische, zwei elsässische, der von Bremen, die von den beiden Mecklenburg, von Oldenburg und Sachsen-Altenburg. Aber auch einige von diesen wollen die Möglichkeit vorbehalten wissen, daß Ausnahmen bewilligt werden können, wo die Einführung einer längeren Pause mit überwiegenderem Nachteil für die Arbeiterschaft verbunden wäre.

Einige andere schränken ihre Empfehlung der Verlängerung der Mittagspause für den Fall ein, daß die tägliche Arbeitszeit der Arbeiterinnen verkürzt wird. Eine Reihe Aufsichtsbeamter will den Zwang zur Festsetzung der anderthalbstündigen Ruhezeit auf diejenigen Betriebe beschränkt wissen, für deren Arbeiterinnen eine längere Arbeitsunterbrechung nach den vorliegenden tatsächlichen Verhältnissen erwünscht erscheint. Dies soll festgestellt werden durch die Abstimmung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Einzelne Aufsichtsbeamte verlangen, daß die Feststellung der Mehrheit in geheimer Abstimmung geschehe. Andere Aufsichtsbeamte wünschen, daß die obere Verwaltungsbehörde die Befugnisse erhalte, für einzelne Betriebe nach Anhörung von Unternehmern und Arbeitern eine anderthalbstündige Pause festzusetzen. Wieder von anderen wird gewünscht, daß die Gewährung längerer Arbeitspausen nur für diejenigen Arbeiterinnen in Betracht kommen soll, die ein eigenes Hauswesen haben. Hier wird von einzelnen auch die Ausdehnung der Pause auf zwei Stunden gewünscht. Der Aufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. erklärt es für nötig, daß die verheirateten Arbeiterinnen unbeschadet der Länge der Mittagspause stets eine halbe Stunde früher aus der Arbeit entlassen werden. Dagegen wird in einem anderen Bericht eingewandt, daß eine Arbeiterin in der verhältnismäßig kurzen Zeit von anderthalb Stunden unmöglich einen Haushalt ordnungsgemäß bedienen kann. Aus dieser Erwägung wird eine Verlängerung der Arbeitspause für Arbeiterinnen über 16 Jahren von zwei Stunden gewünscht.

Vom Standpunkt der Unternehmer wird gegen die Verlängerung der Pause eingewandt, daß die Kosten für die Bereithaltung der Betriebskraft, für die Heizung der Kessel, ferner im Winter die Ausgaben für Beleuchtung und Heizung sich steigern würden. Beachtenswert ist der für die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht gleichgültige Einwand, daß eine Verlängerung der Mittagspause eine längere Arbeitszeit bei künstlicher Beleuchtung herbeiführen müßte, was für die Sehkraft der Beschäftigten, für die Unkosten der Unternehmer und für die Beschaffenheit der Waren nicht gleichgültig ist. Aus diesem Gesichtspunkt heraus verlangen einzelne Berichterstatter, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur für den Sommer und nicht für den Winter in Betracht kommen soll. Andererseits kann man freilich einwenden, daß eine kurze Arbeitspause im Winter die Arbeiter zwingen würde, dieselbe in einer ungeheizten Wohnung oder im Wirtshaus zu verbringen, was man auch nicht gerade für empfehlenswert halten kann. Für die kurze Mittagspause im Winter wird ins Feld geführt, daß einzelne Betriebe, so Ziegeleien und Fabriken zur Herstellung feuerfester Steine, bemüht sind, nur bei Tageslicht zu arbeiten, so daß eine Verlängerung der Pausen zu einer verhältnismäßig starken Verkürzung der Arbeitszeiten im Winter gegenüber der in den anderen Jahreszeiten üblichen führen müßte. Für andere Industrien wird behauptet, daß die Ausnutzung des Tageslichtes von besonderem Werte für das gelieferte Produkt sei.

Gegen besondere Bestimmungen über die Pausen für die Fabrikarbeiterinnen wird der nur vom Unternehmerstandpunkt begründete Einwand gemacht, daß die Regelung der Frauenarbeit auf Arbeitsbedingungen des männlichen Personals zurückwirken müsse, daß somit die Einführung einer anderthalbstündigen Pause diese Regelung für die gesamte Arbeiterschaft im Gefolge habe. Im Interesse der Arbeiter wird dies bedauert, weil eine längere Ausdehnung der Mittagsruhe eine entsprechend spätere Beendigung der Nachmittagsarbeit zur Folge haben könnte. Die von uns eingangs gemachten allgemeinen Bemerkungen über die Nachteile einer langen Arbeitspause für diejenigen Arbeiterinnen, welche sehr entfernt von der Arbeitsstätte wohnen, finden sich ebenso in den Berichten wie die Vermutung, daß die verlängerten Arbeitspausen Arbeiter und Arbeiterinnen zu gesteigertem und verlängertem Wirtshausbesuch veranlassen müßten. Vielfach wird angenommen, daß die Verlängerung von Mittagspausen zum Wegfall der kurzen Vormittags- und Nachmittagspausen führen würde, die die Fabrikinspektoren einmütig als notwendig bezeichnen. Aus den zahlreichen Angaben der Aufsichtsbeamten wollen wir die für Berlin hervorheben. „Eine gesetzlich auf anderthalb Stunden zu erweiternde Mittagspause kam den meist weit von der Arbeitsstätte, oft in den Vororten wohnenden Arbeiterinnen nicht die gedachten Vorteile bringen, da es ihnen auch dann noch nicht möglich sein würde, mittags zu Hause zu sein und ein noch so bescheidenes warmes Mittagessen dort sorgfältig zu bereiten, zumal von dieser Zeit der Hin- und Hergang noch abgerechnet werden müßte. Außerdem unterbleibt der Heimgang während der Mittagspause oft notgedrungen wegen der Kosten für Hin- und Rückfahrt und sonstiger Unständlichkeiten, von welchen besonders das lästige und zeitraubende Umkleiden in Frage kommt. Um allen diesen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, ziehen es die Arbeiterinnen vor, mittags überhaupt in der Fabrik oder in deren Nähe zu verbleiben, und nehmen fast allgemein gegen eine Verlängerung der Mittagspause Stellung, die denn doch nur mit einer Verlängerung der Arbeitszeit am Abend und späterer Heimkehr von der Arbeit gleichbedeutend sein würde.“ Der Aufsichtsbeamte ist deswegen für eine Einteilung der Arbeitszeit, welche eine möglichst Abkürzung derselben und die Rückkehr der Arbeiterinnen nach Hause zu dauerndem Aufenthalt ermöglicht. Er ist für jede Verkürzung der Pausen, solange gesundheitliche Bedenken nicht im Wege stehen. Ähnlich urteilt der Breslauer Gewerberat. Der Siegnitzer Aufsichtsbeamte teilt mit, daß ein Teil der seiner Aufsicht unterstellten Arbeiterinnen zum Teil in geringer Entfernung von der Arbeitsstätte, zum Teil in weiterer Umgebung wohnt. Dieser Teil ist darauf angewiesen, sein Mit-

tagsbrot in der Fabrik einzunehmen, wozu eine Stunde völlig ausreicht, während das Bestreben begreiflich ist, möglichst früh nach Hause zu kommen. Der Chemnitzer Aufsichtsbeamte stellt fest, daß in neuerer Zeit in Städten und größeren Industrieorten das Bestreben sich geltend macht, die Mittagspause auf anderthalb Stunden auszudehnen, er meint aber, daß in vielen Fällen dies den Wünschen der Beschäftigten durchaus nicht entspricht, denn viele Arbeiterinnen benötigen je eine halbe Stunde zum Hin- und Hergehen, so daß ihnen doch nur für Bereitung und Einnahme des Mittagessens eine halbe Stunde zur Verfügung stände. Auch diejenigen Inspektoren, die dem Reichsamte des Innern die Verlängerung der Mittagspausen nahelegen, sind mehr oder weniger zweifelnd zu ihren zustimmenden Schlussergebnissen gelangt. So entnehmen wir dem Gutachten der Darmstädter Assistentin nachstehendes: „Eine Verlängerung der Mittagspause von einer auf anderthalb Stunden möchten wir nur bedingt beifügen, und zwar im Interesse der Arbeiterinnen selbst. In den meisten Fällen würde die Verlängerung der Mittagspause dazu führen, den Schluß der Arbeitszeit hinauszuschieben. Dies ist jedoch durchaus nicht im Interesse der Arbeiterinnen gelegen. Soll die Einführung der anderthalbstündigen Mittagspause den beabsichtigten Zweck erreichen, so müßte ferner bestimmt werden, daß zwischen Beginn und Ende der Arbeitszeit einer Fabrik nur ein Zeitraum von zwölf Stunden zulässig ist. Außerdem ist eine verlängerte Mittagspause nur für solche Arbeiterinnen mit Vorteil verbunden, die am Orte des Betriebs wohnen. Von der anderthalbstündigen Mittagspause sollte in solchen Fabriken Abstand genommen werden können, in denen mehr als die Hälfte der Arbeiterinnen außerhalb des Ortes des Betriebs wohnhaft sind.“

Von den Berichten, die sich in entschiedener Weise für die Verlängerung der Mittagspause aussprechen, führen wir den unterelbischen an: „Das Bedürfnis einer mehr als einstündigen Mittagspause ist ein dringliches. Nicht nur das Familieninteresse, auch die Gesundheitspflege der einzelnen Arbeiterin fordert sie. In vielen Fällen wird die Mahlzeit zu Hause genommen werden können, wo es jetzt nicht geschieht, in anderen mit größerem Behagen gespeist werden. Der Zusammenhang mit dem Familienleben wird in beiden Fällen gefördert werden. Wo dies nicht möglich ist, da wird mindestens doch die Arbeiterin Zeit gewinnen, Schweiß und Arbeitsschmutz abzuwaschen, ehe sie speist, und sich ausruhen, nachdem sie gespeist hat. Beides ist gesundheitlich notwendig. ... Einen stichhaltigen Einwand gegen die anderthalbstündige Pause vermag ich nur in den seltenen Fällen anzuerkennen, wo die von den Arbeiterinnen benutzten Eisenbahnen ihre Zuglage dem heutigen Arbeitsbeginn und -schluß der Betriebe angepaßt haben und die Betriebe oder die Eisenbahn vorerst nicht in der Lage sind, sich entsprechend neu einzurichten. Aber auch in solchen, wie gesagt, seltenen Fällen wird es erfahrungsgemäß bei gutem Willen gelingen, die notwendigen Änderungen herbeizuführen.“

Die überwiegende Mehrheit der Unternehmer, ebenso die Unternehmervereinigungen verhalten sich zumeist ablehnend gegen eine Verlängerung der Pausen. Die Wünsche der Arbeiterschaft richten sich nach den örtlichen Verhältnissen; vielfach wird dem früheren Schluß der Arbeit vor der Verlängerung der Arbeitspausen der Vorzug gegeben. In einzelnen Bezirken ist sogar das Bestreben hervorgetreten, auch die einstündige Mittagspause zugunsten einer verlängerten abendlichen Freizeit zu verkürzen. In Berlin ist für 14 Prozent der Arbeiterinnen bei neunstündiger Arbeitszeit die Mittagspause schon auf eine halbe Stunde verringert worden. In den Kreisen der Arbeiterinnen ist nur in wenigen Bezirken (Düsseldorf, Köln a. Rh., Chemnitz, Oldenburg und Bremen) der Wunsch nach Einführung einer längeren Mittagspause reg.

Aber die Stellung der Arbeiterorganisationen liegen bedauerlicherweise nur Berichte aus vier Bezirken, zwei rheinpreussischen und zwei sächsischen, vor. Der Aufsichtsbeamte zu Leipzig berichtet, daß die Arbeiterschaft der Verlängerung der Mittagspause teilnahmslos gegenüberstehe, auch die Leipziger Textilarbeiterorganisationen hätten keinen Wunsch nach Verlängerung der Pause vorgetragen. Nach den Berichten aus Düsseldorf, Aachen und Zittau wird dagegen von den Arbeiterverbänden übereinstimmend die Einführung der anderthalbstündigen Ruhezeit erstrebt. Die in Zittau bestehenden Verbände erklärten, sie würden dabei gerne den Wegfall der Frühstück- und Vesperpause in Kauf nehmen. Zur Begründung ihres Verlangens führen sie aus, daß eine einmalige längere Arbeitsunterbrechung die Kräfte besser zusammenhält als mehrere kurze Pausen, und daß die vorgeschlagene Regelung einer größeren Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen die Möglichkeit bieten würde, ihr Mittagessen im Kreise der Familie zu verzehren.

Man ersieht hieraus, daß eine einheitliche Feststellung der Wünsche der Arbeiterinnen wegen der sehr verschiedenen liegenden Verhältnisse nicht möglich ist, sicherlich würde eine Verlängerung der Mittagspause einem Bruchteil der Arbeiterinnen bemerkenswerte Vorteile bringen, aber ein noch größerer Teil derselben dürfte dafür Nachteile mit in Kauf zu nehmen haben. Uns scheint ein früherer Arbeitschluß am Abend von größerem, allen Arbeiterinnen zugute kommenden Vorteil zu sein. Hierauf scheint sich der Wille der Arbeiterinnen konzentrieren zu sollen. Sollte dies Urteil nicht berechtigt sein, so würde es sich empfehlen, in der „Gleichheit“ abweichende Anschauungen anzuführen und zu begründen.

Wir empfehlen uns so dringender eine Besprechung der hier erörterten Frage, weil die Gutachten der Arbeiterorganisationen in dieser Enquete, wie nur zu oft, zu kurz gekommen sind. Daß für die Gestaltung der Mittagspause

noch andere Gesichtspunkte in Betracht kommen als die in vorstehender, gezwungenermaßen kurz geratener Erörterung, beweisen schon die drei Artikel in den Nummern 17, 18 und 25 der „Gleichheit“ vom Jahre 1903, deren Nachlesen wir warm empfehlen möchten. Da die Neugefaltung der Arbeitszeit der Frauen und der Mittagspause den Reichstag beschäftigen wird, sobald Marine-, Steuer- und ähnliche Fragen ihm Zeit lassen, ist die Klarlegung der Interessen der Arbeiterinnen in der „Gleichheit“ dringend nötig.

ad. hr.

Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes.

Die Schweizerische Arbeiterinnenbewegung ist noch jung, erheblich jünger als die allgemeine sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Schweiz, die sich ja ebenfalls noch in ihren Jugendjahren befindet. Hatte diese viele und schwere Hindernisse zu überwinden, bis sie da anlangen konnte, wo sie heute steht, und harren ihrer auch für die Zukunft noch immer Schwierigkeiten aller Art, so daß auch der kleinste Fortschritt im Kampfe mit feindlichen Gewalten errungen werden muß, so ist die Situation für die Arbeiterinnenbewegung keineswegs günstiger. Irren wir nicht, wurden die ersten Arbeiterinnenvereine in der Schweiz in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegründet, aber mancher davon ist nach kürzerer oder längerer Lebensdauer wieder zugrunde gegangen. In den neunziger Jahren wurde der Arbeiterinnenverband gegründet, der abwechselnd in Basel, St. Gallen und Zürich seinen Sitz hatte, und dessen Zentralkomitee gegenwärtig in Winterthur ist. Dem Verband sind angegliedert die Arbeiterinnenvereine in Zürich, Basel, Biel, Winterthur, Schaffhausen, Wil und Frauenfeld, der Tagelöhnerinnenverein Bern und der Stauffacherinnenverein Basel, zusammen neun Sektionen. Der Arbeiterinnenverein St. Gallen, der früher die Verbandsleitung besorgte, gebührt selbstamerweise dem Verband nicht an.

Zu dem Verbandstag hatten alle Sektionen, mit Ausnahme derjenigen in Biel und Frauenfeld, Delegierte geschickt, und zwar insgesamt achtzehn, wozu noch vier Mitglieder des Zentralkomitees kamen. Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Bern ließ sich durch seine Sekretärin, Genossin Dr. Faas, vertreten.

Das Zentralkomitee berichtete, daß ihm in Wil die Gründung einer neuen Sektion gelungen sei, und daß es den Tagelöhnerinnenverein Bern zum Anschluß an den Verband bewegen konnte. Ein vom Zentralkomitee herausgegebenes Mailflugblatt fand in den Sektionen Anklang und gute Verbreitung. In der Agitationskommission für die Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes hat der Verband eine Vertretung, im Bundesvorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes ist er durch zwei Genossinnen vertreten. Der jüngst in Olten abgehaltene schweizerische Arbeitertag beschloß auf Antrag der Vertreterin des Verbandes, auf die Aufnahme der Wöchnerinnenversicherung in der projektierten schweizerischen Krankenversicherung hinzuwirken. Daneben beschäftigte sich das Zentralkomitee mit der Ausarbeitung neuer Statuten, deren Beratung das Hauptgeschäft des Verbandstags bildete. Die Zentralfassiererin, Frau Zimmer, berichtete, daß die Einnahmen vom August 1904 bis Ende Juni 1905 656,35 Fr. betrugen, die Ausgaben 413,60 Fr., und daß der Kassenbestand sich auf 242,75 Fr. beläuft. Das Verbandsvermögen stellt sich auf 347,25 Fr., um 120 Fr. mehr als bei der Übernahme der Geschäfte.

Was das beratene neue Statut anbelangt, so sei erwähnt, daß der Verband überall, wo Arbeiterinnen und Arbeiterinnen vorhanden sind, Sektionen gründen soll, ohne dadurch jedoch der Gewerkschaftsbewegung entgegenwirken zu wollen. Der Verband selbst ist dem Gewerkschaftsbund angeschlossen und will daher dafür wirken, daß die Arbeiterinnen in erster Linie ihrer Berufsorganisation sich anschließen; es bleibt dann immer noch genug Frauen, die für den Arbeiterinnenverband als Mitglieder gewonnen werden können. Zu diesem Zwecke sollen Agitationsversammlungen veranstaltet, es sollen in Mitglieder- und öffentlichen Vereinsversammlungen belehrende Vorträge gehalten werden usw. Pro Mitglied im Monat haben die Sektionen an die Verbandskasse einen Beitrag von 10 Rappen (8 Pf.) zu leisten. Die Delegiertenversammlung soll jedes Jahr, und zwar jeweils zu Ostern abgehalten werden.

Zum Schluß wurde folgende, von Genossin Dr. Faas beantragte Resolution ohne Diskussion einstimmig angenommen: „Die am 2. Juli 1905 in Winterthur stattfindende Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes bringt der zuständigen Behörde folgende einstimmig gefaßte Resolution zur Kenntnis:

Bei Anlaß der kommenden Revision des Fabrikgesetzes soll der Maximalarbeitsstag auf zehn Stunden festgesetzt werden. Es soll für vermehrte Schutzbestimmungen, namentlich auch für die Arbeiterinnen gesorgt werden, und zu diesem Zweck sollen die Arbeiterinnen in der Expertenkommission durch weibliche Experten vertreten sein. Es soll danach getrachtet werden, daß die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse auch auf Kleinbetriebe und namentlich auch auf die Heimarbeit ausgedehnt wird, sei es durch vollständige Umwandlung des Fabrikgesetzes, sei es durch Ergänzungsgesetze, damit die allergrößten Ausbeuten und namentlich der Kinderarbeit wirksam gesteuert werden kann.

Endlich sollen bei der Ausarbeitung eines neuen Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes auch die Wöchnerinnen inbegriffen werden.“

In manchen schweizerischen Arbeiterinnenvereinen sind leider immer noch der Geist der bürgerlichen Frauenbewegung und so lag auch diesem Verbandstag wieder wie seinen Vor-

gänger der Antrag auf Anschluß des Verbandes an den schweizerischen Frauenbund vor. Er fand vorläufig dadurch keine Erledigung, daß er dem Zentralkomitee zur Prüfung überwiesen wurde. Ich hoffe, daß der Antrag recht bald den Weg in den Papierkorb finden wird, und daß das Zentralkomitee ihn zum Anlaß nimmt, eifrig an der Aufklärung der Arbeiterinnen zu arbeiten, um sie mit sozialdemokratischem Geiste, mit dem Klassenstolz der Proletarier zu erfüllen und sie zu tüchtigen Gesinnungsgenossinnen und begeisterten Mitkämpferinnen in der großen sozialdemokratischen Armee zu erziehen. Möge die Winterthurer Delegiertenversammlung zum Ausgangspunkt eines neuen Aufklärungswerkes für den schweizerischen Arbeiterinnenverband werden! dz.

Jugend und Sozialismus.

Von Franz Krüger, Königsberg i. Pr.

Die Frage: Wie gewinnen wir die Jugend für den Sozialismus? gehört zweifellos zu denjenigen Fragen, die für die Sozialdemokratie von der eminentesten Bedeutung sind. Und zwar ist gerade diese Frage so außerordentlich wichtig, weil von ihrer befriedigenden Lösung die Größe des zukünftigen Erfolges der Sozialdemokratie in hohem Maße abhängt. Gelingt es uns, bereits bei der Jugend in geeigneter Weise den Boden vorzubereiten, auf welchem dann der Samen des Sozialismus ausgestreut werden soll, so können wir wohl sagen, daß uns die Zukunft um so schneller gehört.

Infolge unserer „herrlichen“ Vereinsrechtszustände ist es ja leider nicht möglich, überall in Deutschland die heranwachsende Jugend zum Zwecke der Aufklärung und Belehrung in Vereinen zusammenzuführen, es wird dies nur in verhältnismäßig geringem Umfang und unter großen Schwierigkeiten geschehen können. Da dieser Weg demnach im allgemeinen nicht gangbar ist, muß man zu anderen Mitteln greifen. Da ist das nächstliegende und verhältnismäßig nicht besonders schwierig durchführbare Mittel die Schaffung einer besonderen schwerer entprechenden Jugendliteratur. Ein Schritt in dieser Richtung ist schon getan durch die Herausgabe der „Kinderbeilage der „Gleichheit“. Diese Kinderbeilage steht infolge ihrer wesentlichen günstiger als eine besondere Jugendzeitschrift, weil sie bereits einen festen Leserkreis hat, während die letztere sich einen solchen erst neu erwerben müßte. Hoffentlich wird die Kinderbeilage der „Gleichheit“ im Verein mit der übrigen schon bestehenden oder noch zu schaffenden Jugendliteratur uns dem Ziele, das wir uns gesteckt haben, ein gutes Stück näher bringen. Die Jugendliteratur allein setzt uns aber natürlich noch nicht in den Stand, das eingangs angekündete Ziel zu erreichen. Auch die schönste und beste Jugendliteratur wird immer nur einen sehr teilweisen Erfolg haben, wenn keine Gelegenheit für die Jugend besteht, das Gelesene durch Ausprache zu klären und zu befestigen. Diese Möglichkeit wäre durch Jugendvereine in ausreichendem Maße gegeben, aber gerade die Gründung von Jugendvereinen ist ja unermesslich, von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen. Auch öffentliche Versammlungen für die Jugend können gar nicht in Betracht kommen. Abgesehen von den Schwierigkeiten, die das Abhalten solcher Versammlungen bereitet, wäre auch der Nutzen ganz minimal. Die Versammlungen würden nur einen sehr geringen Nutzen bringen, wenn keine Besucher laufen auseinander, was sie soeben gehört haben, verfliegt bei den meisten wieder bald, und vor allem würde es nahezu unmöglich sein, die einzelnen jugendlichen Personen einzeln persönlich näher zu bringen. Gerade das letztere scheint mir aber in hohem Maße erforderlich. Es wird dadurch zunächst das Zusammengehörigkeits-, das Solidaritätsgefühl zwischen den einzelnen gefördert, und diese Solidaritätsgedanken zur gegenseitigen Unterstützung über das, was sie in der Jugendliteratur gelesen haben, was ihnen darin oder sonst im Leben aufgestoßen ist, sie können sich gegenseitig Anregungen geben usw. Es muß ihnen aber auch bequeme Gelegenheiten geboten werden, sich bei entsprechender vorgebildeten Genossen Aufklärung zu holen über Dinge, die ihnen unklar sind, Anregungen und Belehrungen darüber, was sie lesen sollen und vergleichen.

Da die Gründung von Jugendorganisationen nicht möglich ist, möchte ich vorschlagen, „Jugendheime“ zu gründen, um die oben dargelegten Zwecke zu erreichen. Ich denke mir die Arbeit dieser Jugendheime etwa folgendermaßen:

Ein zweckentsprechendes Lokal (Wohnung) wird als Jugendheim eingerichtet. In erster Linie ist ein Lesezimmer notwendig, in welchem die bedeutendsten sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften, sowie möglichst vollständig alle Jugendliteratur ausliegt, welche in unserem Sinne geschrieben ist und unsere Zwecke fördern kann. Außer der eigentlichen Jugendliteratur müßten aber auch geeignete geschichtliche und naturwissenschaftliche Werke, sowie die Werke unserer großen Dichter und Denker und der bedeutendsten Schriftsteller der Neuzeit ausliegen. Auf diese Weise kann das Lesebedürfnis der das Heim besuchenden Jugend befriedigt werden. Andererseits gilt es, dafür Sorge zu tragen, daß das Gelesene bei den Kindern und jungen Leuten wie Mädchen auch einen dauernden Eindruck hinterläßt, daß es seinen Zweck erfüllt, indem es die Jugend allmählich zur Erkenntnis der sozialistischen Ideen führt. Dazu ist notwendig, daß die Jugendlichen zu zwanglosen Zusammenkünften gegeben wird. Zu diesem Zwecke werden je nach Bedarf ein oder mehrere Zimmer als Aufenthaltsräume gemächlich ausgestattet. Es müssen Unterhaltungs- und Gesellschaftsspiele vorhanden sein, und eventuell könnten auch Schwere und Getränke (da es sich um die Jugend handelt, selbstverständlich alkoholfrei) zu möglichst billigen Preisen verabfolgt werden.

Zum Zwecke der systematischen Arbeit wäre es meines Erachtens richtig, zwei Gruppen zu bilden, und zwar eine Gruppe von Kindern von 10 bis 14 Jahren und eine

Gruppe für die heranwachsende Jugend im Alter von 14 bis 18 Jahren.

Was zunächst die erstere Gruppe anbetrifft, so müßten ihre Zusammenkünfte regelmäßig jeden Tag stattfinden, etwa in der Zeit von 3 bis 7 Uhr nachmittags. Besonders aus einem Grunde noch scheint mir das sehr empfehlenswert: Da in sehr vielen Arbeiterfamilien leider Vater und Mutter in Arbeit gehen müssen, sind die Kinder sehr häufig gezwungen, sich den Nachmittag über auf der Straße herumzutreiben. Dabei sind sie, besonders im Alter von 10 bis 14 Jahren, der Verführung ausgesetzt, was nicht nur eine Gefahr für sie selbst und die gesamte Arbeiterklasse ist, sondern später auch die Sozialdemokratie in ihrer Aufklärungsarbeit außerordentlich hindert, weil es sehr schwer fällt, aus verrohten Leuten überzeugte Sozialdemokraten und tüchtige Klassenkämpfer zu machen. Wenn es nun aber gelingt, durch die Jugendheime wenigstens einen Teil der Jugend vor der Verführung zu bewahren, so ist damit schon allein der Sozialdemokratie in hohem Grade ihre Agitation erleichtert. Die Beschäftigung der Kinder gute etwa darin zu bestehen haben, daß den Kindern gute Gedichte und Erzählungen, Romane, wissenschaftlich-belehrende Aufsätze usw. vorgelesen werden, respektive daß die Kinder selbst diese vorlesen. Ferner wäre es sehr wichtig, die Kinder darin zu unterweisen, wie sie lesen sollen, um vom Lesen einen Genuß und einen Nutzen zu haben. Durch Spiele müßte man ihnen nach der geistigen Arbeit auch Pausen für Freude und Vergnügen gewähren. Auf diese Weise würde es wohl gelingen, die Kinder zu ernstem Nachdenken anzuregen, ihnen Freude an der Beschäftigung mit ersten Arbeiten, ihnen Freude an edlen Genüssen beizubringen.

Auf den ersten Blick wird es vielleicht scheinen, daß die Durchführung meines Planes an dem Mangel an geeigneten Kräften scheitern müßte. Das ist aber kein so schweres Hindernis, als es vielleicht den Anschein hat. Denn ich glaube, daß hier eine Gelegenheit liegt, wo die sozialdemokratischen Frauen sich im Interesse der Partei in überaus wertvoller Weise betätigen können. Ich glaube sicher, daß sich fast überall genügend viel Frauen und Mädchen finden werden, welche die oben skizzierte Tätigkeit als Leiterinnen solcher Jugendgruppen an den einzelnen Tagen übernehmen.

Die Tätigkeit der Gruppe II, welche die Jünglinge und jungen Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren umfaßt, würde sich darauf zu erstrecken haben, das, was in der ersten Gruppe begonnen ist, fortzusetzen. Für diese zweite Gruppe müßte das Jugendheim an allen Abenden etwa von 7 bis 10 Uhr geöffnet sein. Hier müßten die jugendlichen Personen Gelegenheit zu ernstem und belehrender Lektüre (Lesezimmer) finden. Diese Lektüre muß aber auch auf politische, volkswirtschaftliche Werte usw. ausgedehnt werden. In den Zusammenkünften an den Abenden muß es den Besuchern möglich sein, sich Auskünfte und Anleitung darüber zu holen, was sie lesen sollen, und sich über ausgelegene Zweifel auszusprechen. Zu diesem Zwecke müßten an allen Abenden Parteigenossen und Genossinnen anwesend sein, welche die nötige Vorbildung besitzen, um die Leitung dieser Abende, die Erteilung von Auskünften usw. zu übernehmen. In Gruppe II kann man dann auch daran gehen, die Besucher mit dem Sozialismus bekannt zu machen, sie zu Sozialdemokraten zu erziehen. Zweifellos scheint mir, daß die aus diesen Jugendheimen hervorkehrenden Sozialdemokraten auf einem höheren geistigen Niveau stehen werden, als wenn sie in ihrer Jugend nicht um sie gekümmert hätte. Das wäre aber ein ganz bedeutender Fortschritt; denn dadurch würde nicht nur die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie ganz beträchtlich erleichtert, sondern es würde uns auch eine Anzahl Mitkämpfer gegeben, welche in besonderem Maße zum Klassenkampfe befähigt und vorbereitet sind.

Wenn mein Vorschlag vielleicht auch noch mancher Verbesserung bedürftig wird, so glaube ich doch, daß er ernsthafter Ermüdung wert und geeignet ist, die sozialistische Jugendagitation in die richtigen Bahnen zu leiten. Deshalb möchte ich auch noch den Wunsch aussprechen, daß die Parteizeitungen meinen Plan zur Kenntnis ihrer Leser bringen möchten, um diesen Gelegenheit zur Diskussion zu geben.

Nachschrift der Redaktion. Der vorstehende Artikel schneidet eine Frage an, deren Erörterung unseres Erachtens für die Sozialdemokratie immer dringender geboten wird. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir allen Anregungen unbedingt zustimmen, welche Genosse Krüger formuliert. Umgekehrt: so mancherlei haben wir gegen die und jene von ihnen einzubringen. Wir halten jedoch mit unserer Auffassung zurück, damit möglichst viel Spielraum für eine Diskussion bleibt, in der zunächst die Ansichten und Anregungen unserer Leserinnen und Leser zum Ausdruck gelangen sollen.

Er soll dein Herr sein!

Dieser alttestamentarische Bibelspruch von der Stellung der Frau spukt heute noch in dem Kopfe des engherzigen, kurzfristigen und gedankenarmen bürgerlichen Politikers. Mit stumpfsinniger Verbohrtheit, sich am alten Jopf festklammernd, sieht er dem wirtschaftlichen und sozialen Umschwung der Zeit vergebens und feindselig gegenüber. Die Rechte, die er gestandnislos dem Arbeiter gewähren mußte, will er der Arbeiterin nicht zuerkennen, weil sie eine Frau ist. Wenn die Arbeiterin, die Proletarierin im wirtschaftlichen und politischen Leben für bessere Zustände kämpft, so ist ihm das ein Greuel. „Die Frau erhebt in das Haus!“ ruft er, und der Chor seiner Brüder in Beschränktheit

stimmt ihm zu. „Lange Haare und kurzer Verstand. Was hat die Frau in der Politik zu suchen, sie mag sich an den Kochherd scheren!“, deklamiert er weiter. Wieder begleitet ihn der frenetische Beifall der bürgerlichen Mehrheit. Und zum Schluß wirft der bürgerliche Durchschnittspolitiker noch ein gewichtiges Argument in die Waagschale. Er beruft sich auf den Ausspruch dieses oder jenes Gelehrten: „Das Gehirn des Weibes ist kleiner als das des Mannes.“ ergo: Die Frau ist nicht imstande, dem Manne in geistiger Beziehung zu folgen, ihre Auffassungskraft reicht nur bis zur Vorstufe der männlichen Intelligenz, und deshalb muß ihre Tätigkeit möglichst auf die häuslichen Verrichtungen beschränkt bleiben. Soweit sie sich auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet betätigt, begnüge sie sich mit den geringeren Funktionen. Soziale und politische Aufklärung und Schulung in der Proletarierin vom Ubel, der Verführung eingeschränkter Koalitionsfreiheit und des Wahlrechtes erst recht. Das Weib diene, gehorche und schweige in der Gemeinde, denn also ist es gewesen und also muß es bleiben. Weil das Weib jahrhundertlang entmündigt war, soll es auch ferner entmündigt sein; weil es bis jetzt gedankenlos, in begreiflichem Stumpfsinn dem öffentlichen Leben gegenüber verharrte, soll es nie am Leben der Allgemeinheit aktiv teilnehmen. Eine schöne Beweisführung! Andere Einwände gegen die politische Betätigung der Frau sind ihr einbüßend. Im Reichstag zum Beispiel machte vor nicht allzu langer Zeit ein Abgeordneter der Rechten die Bemerkung: „Was würde es für einen Eindruck hervorrufen, spräche eine schwangere Frau von der Rednertribüne herab.“ Von sozialdemokratischer Seite wurde ihm darauf treffend geantwortet, daß der Gedanke an seine eigene Mutter, die sich einst in demselben Zustand befand, ihm jede Anwendung zum Spotte rauben müßte.

Man will die Frau auf ihren Haushalt beschränken, und doch raubt die heutige Gesellschaftsordnung einem großen und wachsenden Teile des weiblichen Geschlechtes jede Möglichkeit, sich ausschließlich in der Häuslichkeit oder auch nur überhaupt in ihr zu betätigen. Der Umschwung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bedingt es, daß die Frau der mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung allmählich aus dem Hause verdrängt wird, um statt als Hausfrau und Mutter tätig zu sein, dem Verdienst nachzugehen. „Die Frau muß hinaus ins feindliche Leben, muß wirbeln und streben...“ heißt es. Unser großer Prophet des weiblichen Geschlechtes muß in seiner Zeit der Hoffnung entsagen, im eigenen Hausstand zu leben und zu weben. Unerbittlich reißt sie der Strom des rücksichtslosen, brutalen Kapitalismus hinaus in das wirtschaftliche Leben, zwingt sie, mit den Vögeln zu ringen, zu ringen um ihr Brot, um ihre Existenz. Schon in früherer Jugend beginnt für das Mädchen der besitzlosen Klassen der Kampf ums Dasein, und mit jedem Tage verschärft er sich. Not und Sorgen lähmen den Willen und drängen die Frau, zu tun, was sie früher nicht tat — zu denken. Der Zwang und die Fähigkeit zu denken steigt, der Gesichtskreis der Frau erweitert sich, und sie lernt begreifen, trotz ihrem kleinen Hirn, was ihr not tut zum Leben, zur menschenwürdigen Existenz: neben den Pflichten Rechte, statt der Ketten Waffen!

Bahn frei für die neue Kämpferin! Auf, du geknechtetes und entrechtetes Weib, ermanne dich, lerne kämpfen um dein Recht, das man dir verweigert. Laß aus deiner gepreßten Kehle sich den Schrei nach Brot, Bildung und Freiheit ringen, offenbare das Weh deines Mutterherzens, schleudere der oberen Gesellschaften und Heuchlerherden, welche sich mit ihrer verlogenen Moral und Kultur brüsten, den Fluch des Glends ins Antlitz. Vorwärts, du weibliches Proletariat! Die Männer der Arbeit haben dir den Weg gebahnt und die Richtung gezeigt, folge ihnen. Folge ihnen auf das gewalttätige und politische Gebiet des Klassenkampfes. Erst wenn auch die Frauen aufgeklärt, geschult und organisiert in kompakten Massen kämpfen, können sie sich ihr Recht, ihr volles Menschentum erziehen. Die Frau muß mit dem Manne Seite an Seite kämpfen, dann kann sie Gleichberechtigung erringen. Nicht als Rivale, sondern als Genossin des Mannes muß sie dastehen. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte soll ihre Losung sein. Sie muß in der modernen Arbeiterbewegung mitkämpfen, um an ihren Errungenschaften teilnehmen zu können. Noch drehen sich die Gedanken viel zu vieler Frauen und Mädchen um nichtige und kleinliche Angelegenheiten, noch schreden viele davor zurück, auf dem steinigten Pfad des gewalttätigen und politischen Lebens zu wandern. Viele Hindernisse sind noch zu überwinden, und mit manchem Vorurteil muß gebrochen werden, ehe die Massen des weiblichen Proletariats erwachen. Doch der Anfang ist gemacht, und besonders in letzter Zeit hat die proletarische Frauenbewegung die erfreulichsten Fortschritte zu verzeichnen. Pflicht aller aufgeklärten Proletarier ist es, an der Aufklärung und Organisierung des weiblichen Proletariats tatkräftig mitzuwirken. Daß die proletarische Frau als vollgültige Kämpferin und Genossin dem Manne zur Seite steht, ist eine unerlässliche Vorbedingung für Sieg und Erlösung des gesamten Proletariats. Ist die Frau erporgerüstet aus ihrem Schlafe, aus ihrem mühevollen und freudlosen Dasein, kämpft sie mit klarer Erkenntnis und glühender Begeisterung für die sozialistische Zukunft, so wird die revolutionäre Arbeiterbewegung Ausdehnung und Kraft gewinnen. Zu unüberwindlicher Macht erstarkt, wird sie Bresche um Bresche in die kapitalistische Ordnung legen und diese schließlich vollständig zertrümmern. In der sozialistischen Gesellschaft aber, die das revolutionäre Proletariat an ihre Stelle setzt, wird die Sonne der Freiheit und unverfälschten Menschentums auch dem Weibe leuchten. In ihr und nur in ihr wird diese Frau ihr eigener Herr sein. Emil Unger, Halensee-Berlin.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Zwecks Agitation für den Fabrikarbeiterverband fanden in Baden und Württemberg eine Reihe von Versammlungen statt, in denen Endbeschlüsse über die Themen referierte: „Warum müssen wir Klassenkämpfer sein?“ und „Der Kampf um eine menschenwürdige Existenz“. In Pforzheim mit seiner großen Industriearbeiterschaft sind leider noch recht wenig Arbeiter und noch weniger Arbeiterinnen organisiert. Die Versammlung war nur mäßig besucht, woran allerdings am meisten der Umstand Schuld tragen möchte, daß die dortigen Kollegen nur wenig Zeit zur Agitation gehabt hatten. Einem glänzenden Besuch erfreute sich die Versammlung in Straßburg i. E., die dem Verbands eine Anzahl neuer Mitglieder brachte. Außerdem wurde Genossin Frenkle als Vertrauensperson gewählt und zirka 50 Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen. Die Versammlung in Freiburg i. B. war ebenfalls sehr gut besucht. Fr. Imle und noch andere Vertreter der christlichen Organisation, die anwesend waren, zogen es vor, trotz mehrfacher Aufforderung zur Diskussion, zu schweigen. Jedenfalls der „bessere“ Teil der Tapferkeit. Prächtig besucht war die Versammlung in Schopfheim, während in Rheinfelden die Beteiligung stark litt unter dem auf Schweizerseite abgehaltenen Schützenfest. Wir hatten uns hier mit den „christlichen Brüdern“ auseinandersetzen, die in unerhörter Weise die Redefreiheit mißbrauchten, indem ihr Wortführer bis nachts 12 Uhr redete, um uns eine wirksame Entgegnung unmöglich zu machen, da um 12 1/2 Uhr Polizeistunde ist. Dabei befandete der Herr eine ungläubliche Unwissenheit in bezug auf unsere Sozialgesetzgebung, sowie in bezug auf die jüngsten Vorkommnisse in der modernen Arbeiterbewegung. Um so besser verstand er, Genossen in führenden Stellungen, sowie die Referentin zu verdammen. Als wir dem Herrn in gebührender Weise heimleuchteten, vollführte er mit seinen Freunden einen Lärm, daß es fast unmöglich war, durchzubringen. Galt „Christlich“! Besondere Freude hatten wir an dem Besuch der Versammlung in Singen, sowie an dem Geist, der in derselben herrschte. Auch hier wurden außer Mitgliedern für den Verband Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen, und es erfolgte die Wahl einer Vertrauensperson und einer Stellvertreterin. Gut besucht waren die Versammlungen in Untertürkheim, Stammheim und Zuffenhausen, dagegen wies die in Feuerbach mit seiner großen Arbeitererschaft leider nur schwache Beteiligung auf. Hier wie in Cannstatt führte man lebhaft Klage, daß seitens des Kartells so wenig zur Agitation unter den Arbeiterinnen und den ungelerten Arbeitern getan werde. In Ravensburg erfreute sich die Versammlung eines sehr guten Besuchs. Hier hatten wir uns ebenfalls mit den „Christlichen“ auseinandersetzen. Zahlreichen Zuspruch hatten auch die Versammlungen in Sulgau und Lauterbach aufzuweisen. Am letzteren Orte wohnte außer anderem bürgerlichen Publikum der Schultheiß der Versammlung bei und beteiligte sich an der Diskussion. Er sang ein Loblied auf die Referentin und ihre Leistungen, aber, so schlussfolgerte er — solche Ausführungen könne man doch nicht von einer Frau entgegennehmen. Die Schwaben wollten von der Frauenemancipation nichts wissen, denn — die Frau gehöre ins Haus! Unter lebhaftem Beifall der Versammelten wurde der wohlwollende Herr von uns ad absurdum geführt. Schon eine einzige Frage, deren Beantwortung er uns natürlich schuldig bleiben mußte, hätte eigentlich genügt, daß zu bewirken, nämlich die Frage: Wie sollen die 800 bis 1000 Frauen, die im benachbarten Schramberg in die Uhrenfabriken und Strohflechtereien gehen, es anfangen, daheimbleiben zu können, ohne hungern zu müssen? In Reutlingen ward eine lebhaft Diskussion durch einen Herrn Fischer entzündet, der gleichzeitig Sekretär der evangelischen Arbeitervereine ist und Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverband. Er stellte an uns die Frage, wie es zu erklären sei, daß — außer den freien Gewerkschaften Hirsch-Dundersche und christliche usw. existieren. Eine merkwürdige Frage just von dem Herrn, der dieselbe augenscheinlich auch nur stellte, um, anknüpfend an die darauf gegebene Antwort, seine Angriffe gegen die freien Gewerkschaften zu richten, denen er selbst als Mitglied angehört. Die von ihm falsch wiedergegebenen Äußerungen Legiens und Bömelburgs auf dem letzten Gewerkschaftskongress mußten ihm dabei als Unterlage dienen. Wie man seine Handlungsweise beurteilte, wurde diesem merkwürdigen Mitgliede der „freien Gewerkschaften“ von allen Seiten auf das deutlichste gesagt. In eine Versammlung in Heubach, Schorndorf und Göppingen bildeten den Schluß der Tour. Überall fanden wir, daß ein großes Feld der Weakerung harret, nicht bloß soweit es sich um die gewerkschaftliche und politische Organisation der Männer und noch viel mehr um die der Frauen handelt, sondern auch soweit es die Verbreitung der Parteipresse, darunter vor allem die Verbreitung unserer „Gleichheit“ gilt. Erklärlich genug. Wohl schreitet die Industrialisierung Württembergs rüstig fort; wohl erfolgt mehr und mehr überall den Flußläufen (Neckar, Fils, Rems usw.) entlang die Ansiedlung industrieller Unternehmungen, wovon die zahlreichen himmelwärts strebenden Fabriksschote Zeugnis ablegen; wohl strömen infolgedessen immer größere Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen zusammen, die, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, prädestiniert sind zu betätigen. Allein abgesehen von wenigen Orten, haben wir es noch nicht mit traditionellen Industriearbeitern zu tun, sondern mit Arbeitern, die bisher in der Landwirtschaft tätig waren, mit Söhnen und Töchtern von Kleinbauern. Nicht nur bis zu ihrem Eintritt in die Fabriken,

sondern auch, da sie zum großen Teil ihren Wohnsitz auf dem Lande beibehalten, nach demselben wurzeln sie mit all ihrem Wesen in der bäuerlichen Gedankenwelt. Infolge der Bedürfnisselosigkeit, zu der sie erzogen sind, und infolge des Umstandes, daß sie sich ihr Gemüse selbst bauen, ihren Most selbst kelteren, ein Häuschen ihr eigen nennen, wenn auch Hypotheken darauf lasten, nehmen sie mit einem niedrigen Lohn vorlieb. Diesen Verhältnissen sowie der den Landarbeitern eigenen Schwerfälligkeit ist es geschuldet, daß diese Arbeiter und Arbeiterinnen schwer für die Organisation zu gewinnen sind. Viel Mühe und Ausdauer wird noch müssen aufgewendet werden, bevor es schneller vorwärts geht.

Luise Fiehl.
In Bant-Wilhelmshaven hat sich die agitatorische Kleinarbeit von Genossin Goltshusen-Gamburg als recht erfolgreich erwiesen. Sie führte der proletarischen Frauenbewegung neue Mitkämpferinnen zu, stärkte die Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit der bereits im Kampfe stehenden Genossinnen und gewann der „Gleichheit“ eine stattliche Anzahl neuer Leserinnen.

Politische Rundschau.

Um zwei Diplomatenkongresse wird die Weltgeschichte demnächst bereichert werden. Mit der Marokkofrage wird sich der eine, mit dem Frieden in Ostasien soll sich der andere befassen. Daß es zum Marokkologress gekommen ist, wird von den beamteten Staatsweisen in Deutschland als ein großer Triumph ihres Wirkens gefeiert. Der neugefürteste Reichskanzler hat einer offiziellen Freudenbotschaft zufolge Tränen der Rührung vergossen, als er in feierlichster Flottenparade an Bord einer kaiserlichen Lustjacht empfangen wurde. Was nun erst, wenn wirklich bei der Konferenz etwas herauskommen sollte, was den Ehrgeiz unserer mahgebenden Weltpolitiker halbwegs zufriedensetzt? Dann werden sich unerbörte Ehrungen sich auf das wohlgeschickte Haupt des Oberreichsdiplomaten ergießen müssen, daß ihm nichts anderes übrig bleiben wird, als in Ohnmacht zu fallen, was ein sehr schönes Bild abgeben wird.

Der gefürteste Erbe des Herrn Godeffroy erntet übrigens auch bei dem Marokkorummel, wo er nicht gesät hat. Daß die Geschichte trotz der sattsam bekannten Diplomatenintrigen eine friedliche Entwicklung genommen hat, ist in erster Linie dem energischen Friedenswirken der internationalen Sozialdemokratie zu danken, insbesondere aber unserem französischen Genossen Jaurès, der den chauvinistischen Umtrieben Delcassés mit Erfolg entgegengetreten ist. Da hat nun unser moderner Staatsmann in höchst eigentümlicher Weise seiner Anerkennung über die friedensstiftende Tätigkeit des Sozialismus Ausdruck gegeben. Er setzte seinen diplomatischen Apparat in Bewegung, um durch ein Schreiben an den Botschafter Radolin Jaurès' Rede in Berlin zu hintertreiben. Allzu hoch haben wir deutschen Sozialdemokraten die politische Intelligenz des gegenwärtigen Reichskanzlers ja nie eingeschätzt, aber man hatte es in unseren Reihen doch kaum für möglich gehalten, daß er in seiner Sozialistenangst zu einem solchen Hilfsmittel vernöcherter Polizeikunst greifen würde. Denn das schönste bei der Geschichte ist ja, daß dies Redeverbot die Sache des Sozialismus außerordentlich mehr fördert, als eine noch so glänzende Rede von Jaurès das vermocht hätte, ganz abgesehen von der Schädigung, die den Ausöhnungsbestrebungen in Frankreich daraus erwachsen. Zur Vervollständigung dieser sozialistenbekämpferischen Großtat wurde ja auch gleichzeitig in Konstanz den Genossen Adler und Todeschini das Reden verboten. Mit Zug und Recht läßt sich auf die Haupt- und Staatsaktion Bülow's ein französisches Wort aus der Kistkammer diplomatischer Moral anwenden: „Es ist schlimmer als ein Verbrechen, es ist eine Dummheit.“

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird Anfang August der Friedenskongress zusammentreten, der dem japanisch-russischen Kriege ein Ende machen soll. Soweit sich das jetzt übersehen läßt, ist aber der Friedenscharakter der Kamarilla, die seine Vormundschaft führt, noch nicht mürbe genug zur Gewährung der Bedingungen, die Japan verlangen muß, um den Frieden sicherzustellen. Der großmächtige Hochmut der Petersburger Macht haben bricht immer wieder durch. Was sieht es diese Verbrechermaturen an, daß Hunderttausende blühender Menschenleben jetzt schon geopfert sind. Sie sind bereit, noch mehr „Untertanen“ zur Schlachtbank zu führen, und versuchen zwischendurch die wachsende Unzufriedenheit des Volkes in Strömen von Blut zu erstickern. Das wird so lange gehen, bis die Blutwelle ihnen selbst an den Hals steigt. Der Friedenskongress macht den Eindruck einer ebensolchen Komödie wie das Buljginsche Verfassungswerk.

Die wachsende Ohnmacht der Zarenscherzen zeigt sich darin, daß der „Rnjäs Potemkin“ tatsächlich nicht zur Strecke gebracht werden konnte durch die ganze Seemacht des einstmaligen Herrn des Stillen Ozeans, dem auch in den europäischen Gewässern der Dreizack aus der schlaffen Faust gegliedert ist. Die Rebellen haben ihr Schiff den rumänischen Behörden ausgeliefert, da sie nicht in stande waren, sich Proviant und Kohle zu beschaffen. Die nachhaltige Wirkung dieser erfolgreichen Schiffsbellektion werden wir bald in dem russischen Chaos zu spüren bekommen.

Für uns Deutsche ist die Entwicklung in Rußland noch besonders lehrreich dadurch, daß sie den schmählichen Zusammenbruch des nackten bürokratischen Regierungssystems aller Welt vor Augen führt. Zur Würdigung unserer heimischen Verhältnisse wirkt das sehr aufklärend, da wir gleichfalls ein bürokratisches Regierungssystem, aber nicht nackt, sondern verschleiert durch einen parlamentarischen Aufputz, haben. Wie sehr trotz dieser Verschleierung die Zustände bei uns den russischen ähneln, das ist sinnfällig in

der Rußstrat-Affäre zutage getreten, die soeben ihr drittes Stadium, den Meincidsprozeß gegen den Kellner Meyer, durchlaufen hat. Zum Glück war es gelungen, die Sache der Oldenburger Atmosphäre zu entziehen. Das Schwurgericht in Bückeburg hat durch Freisprechung Meyers mächtig dazu beigetragen, das Ansehen der Schwurgerichte in Deutschland zu heben, die leider in letzter Zeit ihren kapitalistischen Klassencharakter häufig in einer dem Volksempfinden widersprechenden Weise betätigt hatten. Wäre Meyer vor ein Kollegium von Berufsrichtern zur Aburteilung gekommen, so wäre zu befürchten gewesen, daß auch ihm gegenüber die bürokratische Gemeinbürgerschaft zugunsten des Ministers Rußtrat das richterliche Urteil getrübt hätte. Es muß sich nun noch zeigen, ob diese bürokratische Gemeinbürgerschaft auch fernerhin stark genug ist, befagten Voterefreund in Amt und Würden zu halten. In Rußland wäre der Mann ja, solange dort noch die Trepow und Konsorten regieren, ganz am Platze. In Deutschland sollte uns aber die Rußstrat-Affäre ein neuer Ansporn sein, mit dem bürokratischen Regierungssystem gründlich aufzuräumen.

Die Arbeitererschaft Deutschlands wurde auch noch durch ein Ergebnis kapitalistischer Rücksichtslosigkeit erschreckt. Auf der Zeche „Vorussia“ im Ruhrgebiet geriet ein Schacht in Brand durch Zertrümmerung einer Petroleumlampe. Über dreißig Bergleute sind dabei verunglückt. Eine größere Zahl konnte noch mit Mühe und Not gerettet werden. Es ist schon sträflich genug, daß die Kohlemagnaten noch nicht einmal elektrisches Licht anstatt der gefährlichen Petroleumlampen eingeführt haben. Sie würden an ihren riesigen Dividenden ja ein paar Pfennige eingebüßt haben. Jetzt machen selbst Bürgerliche Blätter auf eine andere Unterlassungssünde dieser Großausbeuter aufmerksam: „Es ist nicht das erste Mal, daß, wie diesmal auf Zeche „Vorussia“, ein Holschacht alter Konstruktion einer Grube verhängnisvoll geworden ist und eine bedauernswerte Katastrophe für zahlreiche Arbeiter verursacht hat. So wurden zum Beispiel im Jahre 1897 auf der Zeche „Victoria Matthias“ in Essen beim plötzlichen Zusammenbruch des Schachtes „Gustav“ ein Steiger und fünf Arbeiter, welche den während der Kohlenförderung beschädigten Schacht besahen mußten, vollständig verschüttet. Dieser Unfall gab dem königlichen Oberbergamt damals zu einer generellen Verfügung Veranlassung, durch welche diejenigen Zechen, welche noch alte, nur mit Holz ausgekleidete Schächte besaßen, aufgefordert wurden, letztere durch ausgemauerte oder mit eisernen Schachtringen besetzte Schächte zu ersetzen. Dieser Verfügung nachzukommen haben mehrere Zechen jahrelang unter Angabe allerlei Entschuldigungsgründen sich gestraubt. Zu diesen Zechen gehört, der „Kölnen Volkszeitung“ zufolge, auch „Vorussia“. Diese Gewerkschaft hat mit dem Abteufen eines neuen Förderschachtes viel zu spät begonnen, infolgedessen dieser heute, nachdem seit dem Erlaß jener Verfügung acht Jahre verflossen sind, noch immer nicht fertiggestellt worden ist. Diese Verzögerung hat sich jetzt bitter gerächt, denn die entsetzliche Katastrophe hätte sich nicht ereignen können, wenn das am Fallort entstandene Feuer an der Schachtzimmereinsticht die reichliche Nahrung hätte finden können.“

So ruchlos verjündigen sich die Profitschlucker am Leben ihrer Arbeiter, und da gibt es immer noch Millionen Arbeiter in Deutschland, die dem kapitalistischen Klüngel gehorsamst Gefolgschaft leisten! Einem jeden Individualisten sollte man die „Vorussia“-Geschichte erzählen. Hat er Herz und Kopf auf dem rechten Fleck, dann kommt er zu uns. G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Unter den in letzter Zeit ziemlich zahlreichen gewerkschaftlichen Kongressen erhebt sich der internationale Textilarbeiterkongress in Mailand unser besonderes Interesse. Nicht daß er weittragende, für alle Länder bindende Beschlüsse fakte — in solchen Beschlüssen liegt ja überhaupt nicht die vornehmste Bedeutung internationaler Arbeiterkongresse —, wohl aber hat er wertvolle Anregung zu gemeinsamer Aktion in den verschiedenen Ländern gegeben, um die Forderungen, die aus dem Beruf und der sozialen Lage der Textilarbeiter erwachsen, zu unterstützen und durchzusetzen. Gewiß ist das auch schon auf früheren Tagungen geschehen und hat den Erfolg gezeitigt, daß ein gutes Stück vorgearbeitet ist. Allein die wiederholte Befundung der internationalen Solidarität, das Hervorheben der gleichen Interessen und der Meinungsaustausch über die in allen Staaten gleiche Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter läßt immer wieder von neuem das Gelöbniß aussprechen, den empfundenen wirtschaftlichen und sozialen Übeln auf den Leib zu rücken, besenert immer wieder den Mut zum agitatorischen Wirken. Mit gekräftigten Hoffnungen kehren die Delegierten in ihre Heimat zurück, um den schwierigen Kampf mit gestärkter Zuversicht wieder aufzunehmen, eingedenk dessen, daß jenseits der Berge und der Grenzen ihre Arbeitsbrüder dem gleichen Ziele zustreben. Im Vordergrund der Verhandlungen des Mailänder Kongresses stand eine proletarische Hauptforderung: die Verkürzung der Arbeitszeit, und als Anhang hierzu: die Freigabe des Sonnabendnachmittags. Die fortgesetzte Erhebung dieser Forderung der Textilarbeiter sowohl an die Gesetzgebung der einzelnen Staaten, wie auch durch die Gewerkschaften an die Unternehmer hat manche Erfolge gezeitigt. In England und Frankreich erfreuen sich die Arbeiter wenigstens eines zehnstündigen gesetzlichen Arbeitstags. Die Gesetzgebung hat in England den Arbeiterinnen den freien Sonnabendnachmittag gesichert, die Arbeiter haben ihn, dank der Organisation und des Zusammenhangs zwischen Männern

und Frauenarbeit, in der Praxis ebenfalls. In der Schweiz ist man auf dem besten Wege zu der Reform. Deutschland freilich, das in der Sozialpolitik allezeit wie der Krähwinkelsche Landsturm „voran“ ist, kommt aus den „Ervägungen“ und „Erhebungen“ nicht heraus, ob der Zehnstundentag ohne „Schädigung der Industrie“ gesetzlich festgelegt werden kann. Wie die Situation für das Proletariat ist, fehlt dem Antrag der Franzosen, am 1. Mai nächsten Jahres in allen Ländern den Achtstundentag durchzusetzen, jede reale Unterlage. Aus diesen Erwägungen heraus stimmten die Deutschen mit Recht gegen den Antrag in der vorliegenden Form. Zu der Forderung auf Freigabe des Sonnabendnachmittag wurde durchaus treffend bemerkt, daß in dem Maße, als die Sonntagruhe im Handelsgewerbe immer besser durchgeführt wird, den Arbeitern — wir betonen besonders: den Arbeiterinnen, vor allem, wenn sie Hausfrauen sind — Gelegenheiten gegeben werden muß, die notwendigen Einkäufe Sonnabends erledigen zu können. In enger Beziehung zu der Forderung verkürzter Arbeitszeit steht die des Verbots der Überzeitarbeit. Der „Textil-Arbeiter“ bemerkt zu ihr sehr treffend: „Die Verringerung des Arbeitstages bleibt unwirksam, solange dieser ausnahmsweise — und solche Ausnahmen werden sehr oft zur Regel — überschritten werden kann.“ Bei der Forderung auf Abschaffung des Stücklohnes zeigten sich Meinungsdivergenzen, die besonders zwischen Deutschen und Engländern zum Ausdruck kamen. Die Deutschen verbinden mit der betreffenden Forderung noch den Zweck, das Vordringen in der deutschen Textilindustrie des nichtswürdigsten aller Lohnsystems englisch-amerikanischer Herkunft, des Prämiensystems, zu verhindern. Die Engländer zeigten dafür kein Verständnis, so daß der „Textil-Arbeiter“ ihre Haltung als egoistisch, inkonsequent und konservativ bezeichnet. Ähnliche Vorwürfe werden gegen die Engländer und Belgier erhoben, die sich bei der Beratung über ein einheitliches Garnnumerierungssystem der Abstimmung enthielten und somit nicht für das beantragte Metermaß, sondern für das alte Yardmaß votierten, was nicht im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen liegt. Die Deutschen besonders waren ferner mit der bisherigen Tätigkeit des internationalen Sekretariats nicht zufrieden, das seinen Sitz in England hat. Der Sekretär hat ihrer Ansicht nach zu wenig Initiative gezeigt und sogar die ihm vom letzten internationalen Kongress überwiesenen Anträge und Anregungen nicht ausgeführt. Die Deutschen wünschten deshalb, daß das Sekretariat nach Deutschland verlegt und ein besoldeter Sekretär angestellt würde. Zu dem entsprechenden Beschluß kam es noch nicht, das Sekretariat verblieb weiter in den Händen der Engländer. Wenn es jedoch bis zum nächsten Kongress keine lebhaftere Tätigkeit entfaltet, so wird nach Ansicht des Verlangens der Deutschen gemäß von England verlegt werden. Die hervorgehobenen Meinungsunterschiede sind solcher Art, wie sie mehr oder minder auf allen internationalen Kongressen zutage treten. Sie erklären sich in der Hauptsache durch Unterschiede in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der einzelnen Länder und durch den verschiedenen Grad der Erkenntnis und Schulung des Proletariats in ihnen. Sie vermögen nicht das Gesamtbild zu trüben und den Wert internationaler Arbeiterzusammenkünfte herabzudrücken. Es ist von großer Wichtigkeit, daß den Arbeitersorderungen dadurch verstärkter Nachdruck verliehen wird, daß sie nicht nur von einer fortgeschrittenen Arbeiterkategorie in einem Staate erhoben werden, sondern international, an die geistige Gemeintheit verleiht aber auch den einzelnen Landesorganisationen neue Verbeistimmung. Möchte das insbesondere für den deutschen Textilarbeiterverband zutreffen, im allgemeinen und für seine weiblichen Mitglieder insbesondere!

Mit bewunderungswürdiger Ausdauer verharren die Berliner Teppichweber bei einer Firma im Ausstand. Ihnen haben sich die für dieselbe arbeitenden Hausweber in den einige Meilen von Berlin entfernten Orten Nowawes und Bernau angeschlossen. Während nach zwölfwöchigem Streik zwei Berliner Firmen wesentliche Zugeständnisse machten, läßt diese eine Firma ihr Personal jetzt schon in der sechzehnten Woche ausständig. Bleibt die Haltung der Streikenden nach wie vor so musterhaft wie bisher, so wird es dem Textilarbeiterverband ein leichtes sein, den Ausstand zu einem arbeitervorbereitenden Ende zu führen. Der an die deutsche Arbeiterkategorie gerichtete Appell auf Fernhaltung von Arbeitswilligen ist daher besonders zu beachten, auch von unseren Leserinnen. — In Gera versandte eine Sammgarnspinnerei Rundschreiben an Arbeitsnachweise, um Ersatz für 30 Arbeiterinnen zu bekommen, die in den Ausstand treten wollten. Die hier zu betonte Anglistlichkeit der Firma soll im argen Gegensatz zu den Erfolgen ihres heißen Bemühens gestanden haben.

Der Streik der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen hat auch die bekannnten Ablehner nach sich gezogen, die jeden Streik begleiten. Die Arbeitgeber halten, wie das immer ihre Art ist, ihr gegebenes Versprechen nicht. Sie stellen die Ausständigen nicht wieder ein, sondern bevorzugen die Lehrlinge; den Arbeitswilligen gewähren sie den größten Schutz und übersehen gegen die Ausständigen verübte persönliche Beschimpfungen und Belästigungen. Das gleiche ist auch von der Firma Fosetti in Berlin zu berichten, die vom Streik mitbetroffen wurde. Zahlreich sind die Anklagen gegen ausständigere Arbeiterinnen, die die zartbesaitete Ehre der lieben Arbeitswilligen verletzt haben sollen. Da hat nun Rechtsanwalt Dr. Oppermann, der mehrfach angeklagte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten hat, jüngst in einem solchen Prozeß den Antrag gestellt, überhaupt einmal zu prüfen, ob in den ganzen Prozessen gegen Angeklagte aus dem Kampfe der Zigarettenindustrie der § 153 der Ge-

werbeordnung Anwendung finden könnte. Dieser Kampf sei nicht um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern zur Abwehr einer Aussperrung geführt worden. Die Arbeitgeber hätten den Streik inszeniert, insofern sie alle die, die nicht aus der Organisation austreten wollten, zur Niederlegung der Arbeit zwangen und ihnen sämtlich kündigten. Hier sei also der Druck, etwas gegen ihren (der Arbeiter) Willen zu tun, von den Unternehmern ausgegangen. Deshalb könnten die Streikenden oder Gewerbesperrten gar nicht auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung bestraft werden. Das Gericht, unter Vorsitz des Amtsgerichtsrat Dr. Kühn, hielt diesen Gesichtspunkt für neu und gab dem Antrage des Verteidigers statt, zur Klärung der von ihm aufgeworfenen Frage den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes und den Geschäftsführer der Dresdener organisierten Tabakarbeiter, Uhlig, als sachverständige Zeugen zu laden. Auf den Ausgang der Sache kann man sehr gespannt sein, wir werden darüber berichten. Wird in dem Sinne des Antragstellers entschieden, wäre eine ganze Reihe von Aussperrten bereits zu Unrecht verurteilt. Bis zur Erledigung der Frage müssen die noch ausstehenden Prozesse selbstverständlich ruhen.

Wie wir nachträglich erfahren, sind bei der Stellung von Forderungen in der Berliner Kürschnerbranche auch die Arbeiterinnen von ihrer Organisation mit bedacht worden. Es wurde eine Erhöhung des Minimallohns für Gehilfen von 25 auf 27 Mark, für Arbeiterinnen von 14 auf 15 Mark gefordert; außerdem sollen Arbeitskräfte nur vom Arbeitsnachweis der Bewilligungsorganisation verlangt werden. Die Arbeitgeber bewilligten nicht einmal diese doch gewis recht bescheidenen Forderungen, sondern ließen es auf einen Kampf ankommen, an dem sich 850 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten. Die Unternehmer geben sich die größte Mühe, Arbeitswillige zu erlangen. Ihr Streben wird schon deshalb erfolglos bleiben, weil nur gelernte und eingearbeitete Arbeitskräfte in dem Gewerbe verwendet werden können, und weil eine gute Organisation vorhanden ist, die auch materiell den Streik lange halten kann.

Das Gewerkschaftsorgan der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche meldet wieder erschreckende Zustände, unter denen die Arbeiterinnen leiden. Dringend verlangen diese einen geregelten Arbeiterschutz, besonders die Festsetzung eines Maximalarbeitstages. Die in dieser Branche hauptsächlich für die Plätterinnen herrschende lange Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden und dazu die äußerst niedrigen Löhne fügen sich zu einem tieftraurigen Bild sozialen Elends zusammen.

Das gleiche gilt von Mitteilungen im Verbandsorgan der in der Hut- und Filzwarenindustrie beschäffigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie dokumentieren ebenfalls besonders die Notwendigkeit einer gesetzlichen Einführung zum mindesten des Zehnstundentags. Nach amtlicher Statistik sind noch 46,7 Prozent Arbeiterinnen dieser Branche mehr als 10 Stunden, 42,7 Prozent 9 bis 10 Stunden und nur 10,6 Prozent weniger als 9 Stunden beschäftigt.

Die Arbeitsbedingungen der weiblichen Erwerbstätigen in allen Industrien weisen wieder und wieder darauf hin, wie unendlich viel Arbeit zur Aufklärung und Organisierung der Lohnflavinnen noch geleistet werden muß, eine Arbeit, an der die geschulten Proletarierinnen selbst eifrigen Anteil nehmen müssen. #

Notizenteil.

Kommunale Fürsorge für Säuglinge.

Die Pflicht der Gemeinde zur Fürsorge für die Säuglinge wird unter dem Druck der hohen Kindersterblichkeit bei den besitzlosen Massen allmählich immer mehr erkannt. Das Vorgehen von Berlin in der Richtung dieser Pflichterfüllung findet Nachahmung.

Der Magistrat von Breslau hat, wie die „Kommunale Praxis“ mitteilt, bei der Stadtverordnetenversammlung die Errichtung einer Milchküche beantragt, deren einmalige Kosten 6000 Mk. betragen sollen. Für den Rest des Etatsjahres — 1. Juli 1906 bis Ende März 1906 — werden außerdem 10000 Mk. Betriebskosten gefordert. Die Anstalt soll, wie der Magistrat begründend anführt, ein erster Versuch sein. Sie soll von einer im hygienischen Institut der Universität ausgebildeten Dame geleitet werden und zunächst für die Herstellung von 100 Tagesportionen eingerichtet werden. Sowohl die Milchküche selbst, als auch der Kuhstall, der die Milch liefert, sollen unter der ständigen Aufsicht des hygienischen Instituts und der Universitätskinderklinik stehen. Die Abgabe der Kindermilch, die aus Milch und Zuckernachschub besteht, wird, wie die Anstalt anführt, nur gegen ärztliche Verschreibung geschehen, in der ausdrücklich bescheinigt sein muß, daß „Brustmilch nicht zu beschaffen“ sei. Die tägliche Ausgabe der Kindermilchflaschen wird durch Apotheken erfolgen, die sich zu dieser Mühewaltung freiwillig gemeldet haben. Für die Tagesportion sind Flaschen vorgesehen, die in einem mit Leitungswasser gefüllten Blechgefäß und in einer Kiste mit Holzwole verpackt eingereicht werden. Der Magistrat hat die Wichtigkeit der neuen Einrichtung zunächst für die städtischen Kostkinder zu verwenden und die Erfahrungen abzuwarten. Dann sollen Beschlüsse gefaßt werden, ob die Zahl der Milchläden vermehrt und die Abgabe der Kindermilch an Private gegen Entgelt eingeführt werden kann. Eine ärztliche Beratungsanstalt mit der Milchküche zu verbinden, beabsichtigte der Magistrat nicht, dagegen hat der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung dem Plenum empfohlen, den Magistrat um eine dahingehende Erweiterung seines Planes zu ersuchen, daß er eine ärztliche Beratungs- und Kontrollstelle für arme Säuglinge einrichte. Dieser Ausschussantrag fand im Plenum eine große Mehr-

heit, so daß die Errichtung der städtischen Milchküche in Breslau in kurzem vor sich gehen kann. Eine Ausdehnung der Milchabgabe an sämtliche arme Säuglinge fand leider auch bei den Stadtverordneten vorläufig keinen Anklang.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Über die Tätigkeit der österreichischen Genossinnen äußert sich der letzte Bericht des Frauenreichskomitees wie folgt:

„Die letzten Jahre hatten immer mehr dargetan, daß eine engere Verbindung der Genossinnen untereinander fehlt, daß in Orten, wo eine verhältnismäßig gute Organisation besteht, nicht das Notwendige getan wird, um die agitatorische Tätigkeit auf die umliegenden Orte auszudehnen. Eine Zusammenkunft der in der Partei und für die Partei tätigen Genossinnen wurde als notwendig empfunden, und so berief das Frauenreichskomitee für den 8. November 1906 die zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz ein. Die Beratung über die Organisation nahm fast den ganzen Tag in Anspruch und endete mit der Annahme eines Organisationsentwurfes, der die Anzahl der Genossinnen bestimmt, aus der das Frauenreichskomitee zu bestehen hat. (Nicht als Mitglieder und zwei als Kontrolle.) Das Komitee hat Plenarversammlungen der Wiener Genossinnen einzuberufen. Die Verbindung in der Provinz soll durch Korrespondentinnen aufrecht erhalten werden. In größeren Orten sollen Frauenagitationskomitees eingesetzt werden, welchen obliegt, die Organisation in ihren Bezirken zu fördern. Die Verhandlungen der Konferenz sind von der Wiener Volksbuchhandlung als Broschüre unter dem Titel: „Was fordern die Arbeiterinnen Österreichs?“ herausgegeben worden. Von den 5000 gedruckten Exemplaren wurden bis jetzt 3800 verkauft, und es wird nun ganz geringer Anstrengungen bedürfen, um die für die Arbeiterinnen sehr lesenswerte, unterrichtende Broschüre in der Gesamtzahl der Auflage zu verbreiten. Eine Umfrage, welche vom Frauenreichskomitee unternommen wurde, hat ergeben, daß in sonst sehr guten Organisationsorten die Broschüre noch nicht gesehen wurde. Wir hoffen, daß dieser Hinweis dazu beitragen wird, ihren Vertrieb zu fördern. Agitationstouren wurden vom Frauenreichskomitee in der Berichtszeit sehr viele unternommen, allerdings nicht im eigenen Wirkungskreis, sondern auf Wunsch von politischen und Gewerkschaftsorganisationen. Die größte Tätigkeit haben die Komiteemitglieder in den Organisationen der Tabakarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Textilarbeiterinnen entfaltet, also vornehmlich in Berufen, wo die Beschäftigten überwiegend Frauen sind. Auch in den Protestversammlungen gegen die Lasten des Militarismus haben Frauen referiert, ebenso oftmals in Versammlungen streikender Arbeiterinnen.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ hat einen erfreulichen Aufschwung genommen; es werden pro Nummer 6000 Exemplare verkauft, womit das Blatt aktiv ist.

Noch nicht durchgeführt ist die Bildung von Agitationskomitees. Nur in Mährisch-Schönberg und im zweiten Wiener Wahlkreis besteht eines. Dort sind die Genossinnen nicht nur Mitglieder in der gewerkschaftlichen Organisation, sie nehmen auch an allen politischen Arbeiten teil. Dasselbe gilt für die meisten anderen Orte, wo nur halbwegs Ansätze einer Organisation vorhanden sind. Die Genossinnen begannen überall ihre Tätigkeit auszudehnen, um den Organisationen weibliche Mitglieder zuzuführen. Beim Einheben der Parteisteuer, bei allen Arbeiten, die die Häuserorganisation erfordert, nehmen die Genossinnen hervorragenden Anteil. Nur zu klein ist die Zahl der tätigen Genossinnen, was aber nicht an der Laueheit oder Unlust der Frauen liegt, sondern ihre Begründung in der Überbürdung mit häuslichen und Berufsarbeiten der Proletarierinnen hat. Dennoch berechtigt alles zur Erwartung, daß die nächste Zeit einen Aufschwung auch in der proletarischen Frauenbewegung bringen wird. Wo unter den Frauen die Versuche, sie der Organisation zuzuführen, mißglücken, sind die Ursachen im Daniederliegen der Gesamtorganisation des betreffenden Ortes zu suchen. Jedes Aufblühen und Aufleben der Organisation unter den Männern bringt auch einen Fortschritt der Arbeiterinnenbewegung mit sich, wenn man Wert darauf legt, die Frauen für die Betätigung in der Organisation zu gewinnen.“

Frauenbewegung.

Frauenbewegung in Island. Ein Genosse, der kürzlich die Insel Island besuchte, schreibt: „In Island gibt es keine proletarische Frauenbewegung, da das industrielle Proletariat noch in der Entstehung begriffen ist. Eine Tuchfabrik (Johunn) in Reykjavik beschäftigt einige Arbeiterinnen; dann gibt es eine kleine Anzahl Zigarettenarbeiterinnen, ferner Laden- und Kellnerinnen. Viele Frauen sind bei der Verarbeitung von Fischen beschäftigt. Eine gewerkschaftliche Organisation besteht in Island unter den Frauen ebensowenig wie unter den Männern. Letztere haben lediglich unter den Buchdruckern eine Art Organisation (Gutenberg) mit etwa 25 Mitgliedern. Unter den bürgerlichen Frauen gibt es dagegen eine gewisse, wenn auch natürlich bürgerlich zahme Bewegung, an deren Spitze bisher die jetzt fast achtzigjährige Frau Melstedh in Reykjavik stand. Eine isländische Frauenzeitschrift „Kvennabladidh“ erscheint monatlich in der für isländische Verhältnisse (es gibt auf Island kaum im ganzen 40000 Frauen) außerordentlich hohen Auflage von circa 2000 Exemplaren. Redakteurin ist Frau Briet Admundson, deren Tochter als erste weibliche Studentin das Gymnasium (Lateinschule) in Reykjavik besucht. Die isländischen Frauen über 25 Jahren, sofern sie selbständig und ledig oder Witwen sind, haben das kommunale und kirchliche Wahlrecht.“ Rosa Wolf.

Bergpsalm.

Von Richard Dehmel.*

Der Sturm hat seine Schlangen losgelassen.
In langen Wogen zischen Gras und Rohr
Und leucht der See ans Land; die Silberblaffen
Zerwühlten Weiden feußen laut empor.
Empor, empor! Dort, wo die Kiefern saufen,
Auf kahler Höhe will ich einsam stehn
Und meine ferne Heimat dämmern sehn
Und hören, was die dunkeln Wollen brausen.

Ihr grauen Pilger über mir: wohin?!
O könnt ich mit euch, ziellos, ohne Stöcken,
Dies dumpfe Sehnen ohne Maß und Sinn
Ausgeschütten in den Sturm wie Nebelflocken!
O meine Heimat! Silbergrüßt der Fluß
Und glänzt zum Himmel aus dem Blau der Bäume,
Und aus dem Zauberwald der Kinderträume
Winkt klar der Mutter Blick und Kuß.

Was weinst du, Sturm? — Hinab, Erinnerungen!
Dort pulst im Dunst der Weltstadt zitternd Herz!
Es growt ein Schrei von Millionen Jungen
Nach Glück und Frieden: Wurm, was will dein Schmerz!
Nicht ficket einsam mehr von Brust zu Brüsten
Wie einst die Sehnsucht, als ein stiller Quell;
Heut stöhnt ein Volk nach Klarheit, wild und gell,
Und du schwelgst noch in Wehmutslüften?

Siehst du den Qualm mit dicken Fäusten drohn
Dort überm Wald der Schlotte und der Essen?
Auf deine Reinheitsträume fällt der Hohn
Der Arbeit; fühl's: sie ringt, von Schmutz zerfressen.
Du hast mit deiner Sehnsucht bloß gebuhlt,
In trüber Blut dich selber nur genossen;
Schütte die Kraft aus, die dir zugeflossen,
Und du wirst frei vom Druß der Schuld!

Und blutig glüht es um die zackigen Türme,
Ein Dornenkranz umstammt die Stirn der Stadt,
Ein goldner Fächer scheucht die Wolkenstürme,
Hernieder strahlt ein Sonnenpalmenblatt.
O Herz der Weltstadt, Millionenstimme,
Die gell nach Brot vor Seelenhunger schreit:
Still quillt wie Heilandsblut durch diese Zeit,
Die Liebe quillt aus deinem Grimme!

Den Kelch des Schweißes seh' ich geistverklärt,
Das Kreuz der Mühlsal blütenlaubumflattert!
Was lachst du, Sturm?! — Im Rohr der Nebel gärt,
Die Kiefer knarrt und ächt, mein Mantel knattert:
Empor aus deinem Rausch! Mitleid, glüh ab!
Laß dir die Kraft nicht von Gefühlen beugen!
Hinab! laß deine Sehnsucht Taten zeugen!
Empor, Gehirn! Hinab, Herz! Auf! hinab!

Die Eigentumsfanatiker.**

Von Ludwig Thoma.

Kraglsing liegt zwischen Guglsing und Zeidelhaching.
Wenn in Berlin oder in Wien ein großes Ereignis ge-
schieht, so erfährt es der Gouverneur in Sidney um
zwei Tage früher als der Bürgermeister in Kraglsing,
obwohl es diesen gerade so interessiert, denn er ist ein
scharfer Politiker. Das macht: Kraglsing liegt fünfthalbe
Stund entfernt von der nächsten Poststation, und wenn
es recht stürmt oder der Botenspepl den Reismatthias
kriegt, dann ist der diplomatische Verkehr aus und gar.
So weit ab von der Welt liegt das Dörfel, daß die
Schulkinder im nächsten Bezirksamt alle miteinander
wissen, wo Hongkong oder Peking liegt, aber keines weiß,
wo etwa Kraglsing auf der Landkarte zu finden ist.
Wenn nicht der Geschäftreisende alle halbe Jahr einmal
den Kramerlenz aufsuchen tät, dann käm wohl nie ein
fremdes Gesicht in das Dorf. Denn als Lustkurort ist
es noch nicht entdeckt, und ein Bad ist es vorläufig auch
noch nicht.

Da ist es schon eine rechte Freud und eine schöne Ab-
wechslung in der abgeschiedenen Gegend, wenn eine
Gerichtskommission herauskommt. Man kann sagen, was
man will: eine Predigt ist und bleibt eine Predigt. Und
je schärfer als sie ist, desto schöner ist sie; es läßt sich
hernach beim Unterwirt ein vernünftiger Disputat dar-
über führen, besonders wenn einer den Pfarrer so gut
nachmachen kann wie der Schlaumzenti.

... Aber ein Prozeß! Das ist schon noch viel etwas
Schöneres! Wenn so ein Advokat recht habisch ist und
ein gutes Maulwerk hat, wenn er keinem Recht läßt,
nicht einmal Gnaden dem Herrn Landrichter, und das

* Die gedanken- und formensönen Gedichte von Dehmel in
unserer heutigen Nummer sind dem Bändchen entnommen: „Aus-
gewählte Gedichte von Richard Dehmel, nach dem Inhalt geordnet.“
Berlin, Schuster & Köfler. Unsere Leserinnen sollten nicht verach-
tamen, es ihrem Hauschat an guten Büchern einzuwerfen.

** Mit gütiger Erlaubnis des Verfassers entnommen aus „Agi-
cola“, Bauerngeschichten von Ludwig Thoma, mit Zeichnungen von
Adolf Hölzel und Bruno Pöhl. München, Verlag Albert Langen.
Siehe Nr. 5 der „Gleichheit“.

Dinterste vorn und das Borderste hint dahex bringt,
alle Wörter so schön sezt und lateinisch red't, daß man
meint, es geht helllicht nicht anders, er muß recht kriegen,
das ist schon seiner als wie ein Theater.

Und dann kommt der andere! Jetzt ist die ganze
Geschicht verdreht, jetzt schaut es sich wieder anders an;
alles ist nichts, was der andere gesagt hat, und hat er
zwei lateinische Sprüchel aussagen können, weiß der
gleich drei, und grad spöttisch macht er sich über den
andern, daß man's mit Händen greifen kann, wie er
unrecht gehabt hat — bis der andere wieder selber an
die Reih kommt und sein Gefangl anfangt. So geht es
hinum und herum, bis dem armen Bauernmenschen das
Trumm aus- und der Prozeß im Kopf herumgeht wie
ein Karussell, daß er nicht mehr weiß, hott oder wißt,
gewinnt er jetzt oder verspielt er.

Darum also, wie gesagt, es steht nichts auf über einen
Prozeß; und wenn es nicht gottlob sowieso alle Winter
in Kraglsing einen geben tät, müßt der Unterwirt für
seine Gäst ein übriges tun und einen anfangen. Für
heuer ist schon geforgt, denn der Ranstlmofer hat den
Scheiblhüber eingeklagt. Der Ranstlmofer hat auf dem
Guggenbühl einen Aker; gleich daneben hat der Scheibl-
huber einen. Zwischen den zwei Akeren ist ein Rain,
daß jeder beim Umpflügen wenden kann. Der Rain ist
alle Jahre kleiner worden; einmal pflügt der Ranstl-
mofer ein kleines Pispferl weg, das andere Mal der
Scheiblhüber, so daß ein rechtschaffener Bauerntrotling
schier keinen Platz mehr gehabt hat.

Da ist der Ranstlmofer herangegangen, hat in den
Rain einen Pflod eingeschlagen und einen Ausspruch
getan, daß der Scheiblhüber um keinen Zoll weiter mehr
gegen ihn pflügen darf. Der Scheiblhüber meint, so
mir nichts dir nichts laßt er sich kein „March“ (Feld-
marke) hinsehen, reißt den Pflod heraus und pflügt
justament mit Gleich gleich wieder ein paar Zoll von
dem Rain weg.

Jetzt geht es natürlich nicht mehr anders, jetzt muß
advokatlich geklagt werden. Und wer das nicht glaubt,
der soll nur nach Kraglsing gehen und bei den Bauern
anfragen, ob nur ein einziger da ist, der anders sagt.
Also steht der Ranstlmofer an einem schönen Frühling-
tag in der Früh um vier Uhr auf, legt das schöne Ge-
wand an und marschieret mit seinen nagelneuen Glanz-
stiefeln in den taufrischen Morgen hinaus.

Die Sternlein stehen noch am Himmel, und der Mond
schaut silbern über den Zeidelhachinger Forst herüber;
die Vögel aber, welche schon das Singen anheben, und
ein feiner, roter Streifen im Osten deuten den nahen
Morgen an. Der Ranstlmofer freilich sieht und hört
von dem nichts, er ist in Gedanken versunken und knarrt
mit seinen neuen Stiefeln tapfer fürbaß. Bloß am
Guggenbühl steht er eine kleine Weile still und lacht so
recht fein pffiffig. „Wart Lump, dir reid' ich's ein.“

Indem stoßt er auf einen mentisch großen Stein, und
weil die Brändelwiesen vom Scheiblhüber gerade so
schön bei der Hand liegt, schmeißt er ihn hinein. Dann
geht er wieder weiter, einen Schritt vor den andern,
stundenlang. Die Sonne ist schon heroben und steigt
alleweil höher und höher. Bald links, bald rechts taucht
ein Kirchturm auf, und der Morgenwind trägt die
Glockentöne herüber, die zur Frühmesse einladen. Der
Ranstlmofer achtet es nicht. In den Wiesen stehen die
Bauernleut und rufen den Landsmann an. Der Ranstl-
mofer hat keine Zeit zum Antwortgeben. Nicht einmal
zum Einkehren, wenn ihn auch der Oberwirt in Zeidel-
sing noch so schön einladet. Hilft nichts; unterwegs ist
er im Gehen das Stückel Brot, was ihm die Bäurin
mitgegeben hat; und so steht er richtig Schlag elf Uhr
an der Kanzleikirche beim Herrn Advokaten.

„Ah, der Ranstlmofer! Freut mich, wieder einmal das
Vergnügen zu haben. Was führt Sie so weit her?“

Und jetzt erzählt er sein Leid dem Herrn, der ihm
freundlich zuhört. Was der Scheiblhüber überhaupt
für ein schlechter Kerl ist, der niemals kein Ruh nicht
gibt, und wie er es ihm schon so oft gemacht hat, wie
er in seinen Grund hineinpflügt und wie er zu guter
Lezt das March herausgerissen hat. Muß er sich das
gefallen lassen? Und gibt es kein Recht gar nicht mehr?
Das muß er wissen, da hat er einen festen Bestand
darauf, und wenn es noch so viel kosten tät.

Der Advokat schüttelte bedächtig den Kopf und meint,
es sei so eine Sache. Jedensfalls kommt es auf den
Augenschein an, — aber umsonst fährt man nicht nach
Kraglsing hinaus, so schön es auch dort ist. Zunächst
gehört einmal ein Vorstoß her, so einhundert Mark,
bis die Maschin im Gehen ist.

Hundert Mark? Die zahlt der Ranstlmofer gern. Er
zieht aus irgend einer Gegend seiner ledernen Um-
hüllung ein rotes Schneuztüchel und breitet es auf den
Schreibtisch hin. Dann knüpft er bedächtig die Pispferl
auf und zieht das untere Ende eines baumwollenen
Strumpfes herfür. Vierunddreißig harte Taler zahlt er

auf, einen nach dem andern, und keiner reut ihn; die
zwei Mark, welche er herauskriegt, steckt er in die Gilet-
leibwestentasche.

„Ranstlmofer,“ sagt der Advokat, und klopf ihm auf
die Schulter, „Ranstlmofer, jetzt hat's was. Das gibt
eine Klage auf Besitzstörung, wegen turbatione possessionis;
wenn wir's nicht gleich gar mit dem interdictum unde vi
anpacken.“

Da zieht's dem Ranstlmofer das Maul auseinander,
daß ihm beinahe die Ohrwaschel hineinfallen vor lauter
Vergnügen. „Ist nicht leicht scharf genug,“ meint er,
„Herr Advokat, ist nicht leicht scharf genug für den
Scheiblhüber. Reiben Sie's ihm nur recht lateinisch hin!
Und jetzt adjes, Herr Doktor!“

Damit geht er, und eine solche Freude herrscht in
seinem Herzen, daß die Leute auf der Straße es ihm
über das Gesicht ansehen und ihm nachblicken. Das ist
einmal ein seldener Bauer! Der hat gewiß ein gutes
Geschäft gemacht! Beim Pischorrbrau überlegt sich's der
Ranstlmofer, ob er nicht hineingehen und sich eine Maß
kaufen soll. Aber — sparen muß der Mensch, denkt er,
und geht daran vorbei. Er holt sich in einem Schwein-
mehgerladen einen halben Kranz gezeichnete Würscht und
geht wieder tapfer fürbaß auf Kraglsing zu. Unterwegs
säbelt er die Geräucherten zusammen und hält verständige
Zwiegesprach mit sich selbst: wie er vor das Gericht hin-
stehen wird, wie er den Scheiblhüber ärgern wird.

Auf den Abend um acht Uhr ist er wieder daheim,
und wenn sich die Kraglsinger auf eine Physiognomie
verstehen, dann haben sie merken können, daß es beim
Ranstlmofer was hat. „Bäurin,“ sagt der noch, als er
steinmüde im Bett liegt, „Bäurin, dem Scheiblhüber hab'
ich was ins Backsel gedruckt. Ich werd' mir's über-
sinnen, ob ich die Geschicht nicht am End gar noch
kriminalisch mach'.“

Die mehreren Sachen haben zwei Seiten, und hinter
sich schaut es oft anders aus als vorn. Umgekehrt ist
auch gefahren, und zum Kaufen gehören allemal zwei,
einer, der hinhaut, und einer, der herhaut. Beim Pro-
zessieren ist es gerade so, und darum wollen wir schauen,
was etwa der Scheiblhüber zu der freundlichen Über-
raschung sagt. Er sitzt auf der Bank vor dem Haus,
raucht ein Pfeifel und sinniert. Es fällt ihm ein, wie
er den Bräumeister von Dachau voriges Jahr mit der
Gersten geschlenkt (angeführt) hat, und den Beiteles in
Nischach mit der Kuh, die gleich drei gefehliche Fehler
gehabt hat, und alle sind zu spät entdeckt worden. Da
erhell ein wohlwollendes Lächeln seine harten Züge, wie
die Romanschreiber sagen, und heitere Zufriedenheit
glänzt in seinen Augen.

Es ist ein recht friedliches Bild. Er schaut an dem
Birnbäum hinauf und gibt acht, was der Starl für
Spigbübereien macht, wie er so schlau von dem Ast
herunterschaut und dann einen recht lauten Pffiff tut,
gerade als wolt er den Scheiblhüber erschrecken oder
die Kat, die alleweil zu ihm hinaufblinzelt. Indem biegt
gerade der Briefbot beim Schmied um die Ecke herum;
er wird schon wieder ein Schreiben an den Bürgermeister
haben, eine amtliche Zustellung, denn die Privatbriefe
besorgt der Botenspepl und trägt gewiß nicht schwer
daran (Schluß folgt.)

Zukunft.

Von Richard Dehmel.

Du reiche Frau, du edle Frau,
Mit deiner Hoffnung unterm Herzen,
Du möchtest jubeln und erschrickst;
Ich sehe dich in deinen Schmerzen,
Wie du beim Schein der Ambrakrzen
Die seidne Wiegendecke stückst.

Du zählst die Fäden, silbergrau
Und schwarz und blutrot, und dir schweben
Viel tausend Hände vor, die weben,
Viel tausend graue Mutterhände,
Die weben, weben ohne Ende;
Ich seh' dich, wie du grauig nickst
Und dunkel durch dein Zimmer blickst.

Und tausend Kinder siehst du stehen,
Die still an einem Stricke drehen,
Früh alt vor Hunger und Gebreß,
Und siehst die Väter sich erheben,
Alle, die häßlich müssen leben,
Damit es Schönheit könne geben,
Sie stürmen dein geschmücktes Nest:

Madam, dies blutige Garn, wer spann es?!
Da würdest du in Todeswehen
Entzückt sein, könntest du dich sehen,
Wie sich zum mörderischen Fest
Die schmutzige Faust des Arbeitmannes
Um deine weiße Kehle preßt.